



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE SITUATION IN POLEN IN DER CORONA-KRISE

■ ANALYSE	
Die polnische Wirtschaft in der Corona-Krise	2
Sebastian Plóciennik, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau	
■ ANALYSE	
Die Polen in Zeiten der Corona-Krise. Zähneknirschend nach vorne blicken	6
Agnieszka Łada, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt	
■ KOMMENTAR	
Corona – ein Weg zurück zu alten Bildern?	10
Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt	
■ INTERVIEW	
Lasst uns machen, was nötig ist. Das ist ein Krieg.	11
Interview mit Marek Belka	
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	13
■ UMFRAGE	
Reaktionen der polnischen Wirtschaft auf die Covid-19-Krise	17
Vertrauen in Informationsquellen	22
Ausblick auf die finanzielle Situation der privaten Haushalte	23
■ CHRONIK	
17. März – 20. April 2020	24

Die polnische Wirtschaft in der Corona-Krise

Sebastian Płóciennik, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau

Zusammenfassung

Polen spürt schmerzhaft die wirtschaftlichen Auswirkungen infolge der Corona-Pandemie, einschließlich der tiefen Rezession und der hohen Arbeitslosigkeit, die sogar ein zweistelliges Niveau erreichen könnte. Die Regierung entschloss sich, dem Zusammenbruch entgegenzuwirken, indem sie einen »Antikrisenschild« im Wert von insgesamt 300 Mrd. Zloty (1 Euro = 4,5 Zloty) zusammengestellt hat. Aus polnischer Perspektive ist es wichtig, dass als Nebenfolgen nicht die Destabilisierung des Währungskurses und der makroökonomischen Situation eintreten. Wichtig wird auch sein, die Grenzen zu den gemeinsamen Märkten der Europäischen Union offen zu halten und eine tiefere Spaltung zwischen den Eurostaaten und denen ohne gemeinsame Währung zu verhindern.

Wirtschaftliche Folgen

Die Covid-19-Pandemie traf die polnische Wirtschaft in einer Zeit, als der Boom endete und die eintretende Konjunkturabschwächung immer spürbarer wurde. Seit Mitte 2019 sank das Beschäftigungsniveau und auch die Dynamik des Wirtschaftswachstums war deutlich abgebremst. Niemand hat allerdings ein Drama erwartet – der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sollte sich um zwei bis drei Prozent verringern und in den Zukunftsszenarien wurde kaum einmal von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen. Die Covid-19-Pandemie hat diese optimistische Kalkulation vollkommen zerstört.

Der erste Schock war der Ausbruch der Corona-Epidemie in China, der das Funktionieren der globalen Lieferketten störte und besonders stark in den importabhängigen Branchen zu spüren war, beispielsweise in der Textil- und der Automobilbranche. Das ganze Ausmaß des Einbruchs zeigte sich erst im März, als die Lagerreserven, die im Zusammenhang mit dem chinesischen Neujahrsfest Ende Januar/Anfang Februar vorbeugend angelegt worden waren, zu Ende gingen. Der zweite Schock war dann schon die Folge der in Polen eingeführten Einschränkungen – Ausgangsbeschränkungen, Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen. Viele Unternehmen mussten unter diesen Bedingungen ihre Tätigkeiten einschränken oder einstellen, insbesondere in der Touristik- und Messebranche und in der Gastronomie. Der dritte Schock betraf die Nachfrage. Die von der Pandemie erschreckten Konsumenten schränkten – unsicher, was mit ihren Arbeitsplätzen in den kommenden Monaten passieren werde, – ihre Ausgaben ein. Die ersten nach Ausbruch der Pandemie veröffentlichten Indizes, zum Beispiel des Büros für Kreditinformation (Biuro Informacji Kredytowej – BIK), zeigten einen Rückgang bei der Kreditnachfrage von 86 Prozent. Hinzu kam der vierte Schock: Liquiditäts- und Finanzprobleme, deren ganzes Ausmaß noch nicht überschaubar ist. In einer ausdifferenzierten Wirtschaft, in

der das einzelne Unternehmen von vielen Vertragspartnern, Kooperationspartnern, Zulieferern usw. abhängig ist, können bereits einzelne Zahlungsrückstände zu einer Bankrottwellen führen. Nach Angaben des Polnischen Ökonomischen Instituts (Polski Instytut Ekonomiczny) haben unter den zurzeit herrschenden Bedingungen der zurückgefahrenen Wirtschaft viele Firmen nur für wenige Wochen finanzielle Rücklagen.

All diese Schocks schlugen sich auf die Stimmung in den Unternehmen nieder, die seit 1998 ihren tiefsten Stand erreicht hat. Der Index »PMI«, der die Stimmung unter den Unternehmern anzeigt, fiel im Industriesektor von 48,2 Prozent auf 42,2 Prozent (ein Wert unter 50 Prozent bedeutet eine Verschlechterung der Situation). Noch schlechter ist es im Dienstleistungssektor, der von dem Zusammenbruch noch stärker betroffen ist als die Industrie (beispielsweise fiel der PMI im Dienstleistungssektor in der Eurozone unter 30 Prozent). Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Wirtschaftsinstitute immer pessimistischere Prognosen für die Zukunft der Wirtschaft veröffentlichten. Anfangs sagten sie eine Verlangsamung auf ein Prozent des BIP in Polen voraus, aber seit Anfang April dominieren Rezessionsszenarien. So nimmt zum Beispiel die Bank Pekao an, dass die Rezession im zweiten Quartal 2020 17,5 Prozent betragen wird und im gesamten Jahr 2020 4,4 Prozent. Allerdings fehlt es auch nicht an Stimmen, dass der Rückgang noch viel stärker ausfallen wird.

Ein Grund zur Beunruhigung ist auch der Arbeitsmarkt. Vor der Corona-Krise verzeichnete Polen hervorragende Daten: Nach Angaben von Eurostat betrug die Arbeitslosigkeit im Jahr 2019 knapp 3,1 Prozent und war damit ungefähr auf dem gleichen Niveau wie in Deutschland, das als mustergültig im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit galt. Der polnische Arbeitsmarkt hat allerdings eine Eigenschaft, aus der etliche Probleme erwachsen: viele Selbständige und viele kurzfristige, »flexible« Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem diese Menschen verlieren als erste ihre Arbeit und beantragen

Arbeitslosenunterstützung. Allerdings beträgt diese nur zirka 850 Zloty, was wiederum zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage führen kann. Ein harter Schlag wird für die Wirtschaft auch der Weggang von Hunderttausenden Ukrainern werden, die aufgrund der angespannten Lage am Arbeitsmarkt nach Hause zurückkehren oder in ein anderes Land gehen werden. Dies ist umso wahrscheinlicher, als viele von ihnen in sehr »flexiblen« oder informellen Beschäftigungsverhältnissen tätig sind und als allererste ihre Arbeit verlieren werden.

Der »Antikrisenschild«

Der erste Unterstützungsplan der Regierung für die von der Corona-Pandemie angeschlagene Wirtschaft trat Anfang April 2020 in Kraft. Er gliedert sich in fünf Bereiche auf: Ausgaben für die Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen in Höhe von 30 Mrd. Zloty, finanzielle Unterstützung für Unternehmen – 74,2 Mrd. Zloty, Schutz der Gesundheit – 7,5 Mrd. Zloty, Stärkung des Finanzsystems 70,3 Mrd. Zloty und ein Programm für öffentliche Investitionen in Höhe von 30 Mrd. Zloty. Insgesamt beläuft sich das Programm auf 212 Mrd. Zloty. Der »Antikrisenschild« umfasst verschiedene Instrumente: Steuererleichterungen, Kreditgarantien, administrative Erleichterungen, Anpassungen des Arbeitsmarktes und sogar die Ankündigung von Preiskontrollen im Falle deutlicher Erhöhungen. Die Hauptachse des Programms ist allerdings die Hilfe für kleine Firmen in Form einer Unterstützung bei Produktionsstillstand u. ä., die Aussetzung von Sozialversicherungsabgaben sowie Zuzahlungen für Löhne.

Die Unterstützung bei Stillstand in Höhe von 2.080 Zloty (80 Prozent des Mindestlohns) dient Firmen und Selbständigen, die infolge der Corona-Pandemie einen Einnahmerückgang von 15 Prozent verzeichneten, wobei deren Einnahmen gleichzeitig nicht höher sind als das Dreifache des Bruttodurchschnittslohns. Eine geringere Summe – 1.300 Zloty – erhalten diejenigen mit einer Pauschalbesteuerung.

Das zweite Instrument, die dreimonatige Befreiung von den Sozialversicherungsabgaben, soll Selbständigen zugutekommen sowie Unternehmen, die bis zu neun Personen beschäftigen (unabhängig von der Art der Beschäftigung). Die Befreiung kann mit der Unterstützung bei Stillstand kombiniert werden.

Das dritte Instrument des »Antikrisenschildes« ist die für drei Monate vorgesehene Lohnzahlung, die Unternehmen bei Produktionsstillstand bzw. bei Arbeitsstundenreduzierung beantragen können. Im Falle des Produktionsstillstands kann der Arbeitgeber die Vergütung bis auf die Höhe des Mindestlohns reduzieren und erhält einen Zuschuss in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns. Im Falle der Arbeitsstundenreduzierung von 20 bis 50 Prozent des Stundenetats finanziert der Staat bis

zu 40 Prozent des Durchschnittslohns inklusiv Sozialabgaben (zirka 2.450 Zloty). Der Zugang zu diesen beiden Formen der Lohnzahlung ist allerdings durch das Kriterium der Höhe der Vergütung (max. 300 Prozent des Durchschnittslohns) sowie durch die Bedingung, einen Tarifvertrag mit den Gewerkschaften abgeschlossen zu haben, begrenzt.

Der »Antikrisenschild« traf auf unterschiedliche Reaktionen. Unternehmensverbände wiesen auf die komplizierten Vorschriften und zahlreichen Einschränkungen hin, die die Unterstützung verzögern würden. Kritisiert wurde auch, dass die Unterstützung für Kleinstfirmen ins Zentrum gerückt wurde und kleine, mittlere und größere Unternehmen übergangen wurden. Wenn diese die Auftraggeber der Kleinstfirmen sind, nützt ihnen die Hilfe für Kleinstfirmen wenig. Außerdem fehlte nach Meinung von Unternehmern ein Liquiditätsmechanismus für die Firmen.

In der zweiten Aprilwoche entschloss sich die Regierung, den »Antikrisenschild« auszuweiten. Die dreimonatige Befreiung von den Sozialversicherungsabgaben sollte nun auch kleine Firmen mit bis zu 49 Beschäftigten umfassen, allerdings sollte die Unterstützung hier nur neun Beschäftigte betreffen und nur 50 Prozent betragen. Darüber hinaus beschloss die Regierung, Lohnzahlungen bei Produktionsstillstand auf drei Monate zu verlängern sowie Unterstützung für Landwirte in Quarantäne in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns einzuführen. Des Weiteren finden sich in den Bestimmungen auch Erleichterungen bei Konkurs und bei der Anpassung der Arbeitszeit.

Kurz nach der Version 2.0 ging die Regierung noch einen Schritt weiter und verkündete am 8. April ein finanzielles »Antikrisenschild«. Dies ist ein 100 Mrd. Zloty schweres Subventionsprogramm für Unternehmen, die einen Umsatzrückgang infolge der Corona-Krise verzeichneten. Für Kleinstunternehmen sind 25 Mrd. Zloty, für kleine und mittlere Unternehmen 50 Mrd. Zloty und für große Unternehmen 25 Mrd. Zloty vorgesehen. Die erhaltene Unterstützung (für Kleinstfirmen max. 300.000 Zloty) kann bis zu 75 Prozent als Zuschuss gewährt werden, wenn das Unternehmen seine wirtschaftliche Tätigkeit aufrecht erhält und die Beschäftigung nicht reduziert. Außerordentliche Bedeutung hat, dass anstelle komplizierter Antragsregeln der Grundsatz des einfachen Antrags eingeführt wurde. Die Maßnahmen der Regierung stießen dieses Mal auf wohlwollende Reaktionen der Unternehmer: Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands Konföderation Lewiatan (Konfederacja Lewiatan), Maciej Witucki, stellte fest, dies sei »die richtige Waffe, auf die die Geschäftswelt gewartet hat«.

Die Frage, ob die eingeführten Instrumente ausreichen, bleibt jedoch aktuell. Darauf machte eine Gruppe

von Wirtschaftswissenschaftlern (Jerzy Hausner, Dariusz Filar, Agnieszka Chłóń-Domińczak) im *online* Wirtschaftsforum »Alert Gospodarczy« aufmerksam. Sie riefen die Regierung zu Änderungen in der Sozialpolitik auf und forderten sie auf, von Programmen wie die »dreizehnte Rente« Abstand zu nehmen sowie das Familienförderprogramm »500+« dahin gehend zu revidieren, dass das erste Kind von der Unterstützungszahlung ausgenommen wird. Sie forderten auch, die Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP für drei Jahre auszusetzen. Der so erlangte finanzielle Spielraum sollte für die medizinische Ausstattung, Liquiditätsgarantien für Unternehmen, die Reduzierung der Abgabenlast sowie für einen Sozialschild für Arbeitnehmer eingesetzt werden.

Forderungen wie im »Alert Gospodarczy« sind in einem hohen Maße von der Ungewissheit motiviert, welchen Handlungsspielraum die Regierung tatsächlich hat, um auf die Krise zu reagieren. Auf den ersten Blick sieht die Situation nicht schlecht aus: Die Schulden der öffentlichen Hand betragen im Jahr 2019 knapp 46 Prozent des BIP und lagen damit deutlich unter der von der EU festgelegten Quote (und waren auch deutlich geringer als die Deutschlands mit zirka 60 Prozent des BIP). Allerdings kann sich der Spielraum schnell auflösen. Der Staatshaushalt enthält viele feste Positionen, überdies, so der leitende Ökonom der ING Bank, Rafał Benecki, wurde bereits 2019 ein Steuereffekt eingesetzt, der den potentiellen Haushaltsüberschuss »verbraucht« hat. Im Endeffekt wird Polen schnell mit einem wachsenden Haushaltsdefizit konfrontiert werden – bis zu sechs Prozent des BIP –, das durch neue Schulden wird finanziert werden müssen. Und hier treten weitere Fragen auf: Wer wird die Anleihen kaufen und zu welchem Preis? Sehr wahrscheinlich ist es, dass die ausgegebenen Anleihen die staatliche Bank BGK kaufen wird und anschließend auf dem Sekundärmarkt die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP). Auf diese Weise würden die möglicherweise fehlenden privaten Käufer kein größeres Problem darstellen. Es bleibt die Ungewissheit über die makroökonomischen Folgen. Es ist nicht klar, wie sehr die skizzierten Handlungen zum Beispiel den Wechselkurs beeinflussen werden, dessen Schwankungen sich negativ auf die Situation derjenigen auswirken, die Schulden in ausländischer Währung aufgenommen haben, sowie auf Investoren. Polen betritt mit seinen finanzpolitischen Maßnahmen in Zeiten der Krise unbekanntes Gelände.

Europäischer Widerhall

Das Stichwort »unbekanntes Gelände« hat auch eine europäische Dimension. Die tiefreichende Krise in den großen europäischen Wirtschaften kann zu einer Schwächung der Europäischen Union führen. Es ist nicht aus-

geschlossen, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die sich verschlechternde soziale Situation Ansporn für die Euroskeptiker werden, die nicht zögern werden, nach protektionistischen Mitteln zu greifen, zum Beispiel Beschränkungen des Personen- und Warenverkehrs. Offiziell können sie als vorübergehende Maßnahmen deklariert werden, aber in der Realität würden sie eine neue, post-integrative Landschaft der europäischen Wirtschaft heraufbeschwören. In diesem Szenario wäre Polen, dessen Export zu 80 Prozent vom EU-Markt abhängig ist, sehr von den Restriktionen betroffen. Viele Branchen, zum Beispiel die Transportbranche, werden dann nicht mehr ihre Existenzberechtigung wie im bisherigen, ins Ausland expandierenden Wirtschaftsgefüge haben.

Glücklicherweise scheint dieses Szenario wenig wahrscheinlich zu sein. Gegenwärtig hat die Option der Intensivierung der Zusammenarbeit in der EU immer noch die größeren Chancen. Aber auch hier treten Herausforderungen auf. Die rechtsnationale Koalition in Polen verhielt sich gegenüber der Integration in die Eurozone skeptisch. Trotz der vertraglich festgelegten Verpflichtung wurde die Annahme der gemeinsamen Währung auf unbestimmte Zeit verschoben. Lange schien es, dass dies eine vernünftige Strategie sei. Außerhalb der Eurozone zu sein, kostete Polen nichts, ermöglichte aber eine flexible Gestaltung der Kurs- und Geldpolitik. In der aktuellen Krise kann sich die Rechnung stark verkomplizieren.

Da Polen nicht in der gemeinsamen Währungszone ist, kann es beispielsweise nicht die Angebote der Europäischen Zentralbank (EZB) nutzen, die letztens das Programm bekanntgab, Anleihen im Wert von 750 Mrd. Euro anzukaufen. Polen muss sich auf die Polnische Nationalbank stützen, was allerdings das Risiko der Destabilisierung des Währungskurses mit sich bringt. Darüber hinaus hat es keinen Zugang zu den Instrumenten, die die EZB und die Bankenunion den Banken der Eurozone anbieten. Sollte der polnische Bankensektor in Turbulenzen geraten, was keineswegs auszuschließen ist, muss Polen auf die eigenen, recht beschränkten Reserven vertrauen. Drittens schließlich steht den Staaten der Eurozone im Falle ernster Schwierigkeiten, den Haushalt zu finanzieren, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zur Verfügung. Der Zugang zum ESM geht mit der Erfüllung zahlreicher Bedingungen einher, aber er verringert das Risiko der Zahlungsunfähigkeit radikal.

Im Laufe der Corona-Krise könnte die Eurozone ihre Unterstützungsmechanismen noch weiter ausbauen. Insbesondere geht es hier um »Corona-Bonds«, das heißt um die gemeinsame Aufnahme von Geld an den Finanzmärkten und die gemeinsame Haftung für Zinsen und Rückzahlung, was die Verteilung der Las-

ten der Krise bedeutet. Selbst wenn der Prozess, diese einzuführen, langsam voranschreitet und noch Jahre dauern wird, kann die Folge eine Vertiefung der fiskalischen Integration sein und den Aufbau neuer politischer Institutionen nach sich ziehen, zum Beispiel eines Finanzministers für die Eurozone. Dies würde wiederum zur politischen Spaltung der EU in eine Eurozone und eine kleine Gruppe »ohne Euro« führen, die sich mit ihrer zunehmenden Marginalisierung auseinandersetzen müsste. Für Polen wäre das eine sehr ungünstige Zukunftsvision, wenn man davon ausginge, dass es keine Möglichkeit gäbe, den Euro schnell einzuführen.

Dies ist nicht das Ende der Herausforderungen und Gefahren im Zusammenhang mit dem Verbleib außerhalb der Eurozone in den schwierigen Krisenzeiten. Sollte es zum Beispiel in den kommenden Monaten zu einer tiefgehenden Abwertung des Zloty kommen – was auch einen stärkeren Wettbewerbsvorteil der polnischen Unternehmen bedeuten würde –, wäre Unzufriedenheit in der Eurozone zu erwarten. Die französischen Gewerkschaften könnten, unterstützt von Arbeitgebervereinigungen, von Präsident Emmanuel Macron Maßnahmen fordern, die »unlautere« Konkurrenz auf dem gemeinsamen europäischen Markt zu blockieren. Da Frankreich und die anderen Mitglieder der Eurozone keine Möglichkeiten haben, ihre Währung abzuwerten – im Gegensatz zu Polen, Tschechien und Ungarn –, wäre es vielleicht an der Zeit, dies mit Schutzmaßnahmen zu kompensieren. Dies könnte eine Zugangsbeschränkung für die Staaten außerhalb der Eurozone zum gemeinsamen Markt bedeuten, was außerordentlich gefährlich für die wirtschaftlichen Interessen Polens wäre. Es resultiert außerdem noch ein weiteres Risiko daraus, nicht zur Eurozone zu gehören, und zwar ein Angriff auf die polnische Währung. In Zeiten politischer Spannungen und Konflikte zwischen den großen globalen Wirtschaftsblöcken könnten Wettbewerber der EU sich entscheiden, gegen den Zloty zu spekulieren, und auf diese Weise eine der wichtigeren EU-Wirtschaften schwächen. Dies würde auch Deutschland schmerzlich treffen, das mit Polen ein Handelsumsatz von mehr als 120 Mrd. Euro und große Investitionen verbindet.

Spricht man von den europäischen Herausforderungen für Polen im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Echo auf die Corona-Krise, muss auch das zukünftige Budget der Europäischen Union angesprochen werden. Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 bis 2027 soll in diesem Jahr beschlossen werden. Polen rechnete mit relativ geringen Einschnitten und der Beibehaltung der traditionellen Mittel für die Landwirtschafts- und die Strukturpolitik, wovon die östlichen EU-Staaten bisher profitierten. Die Corona-Pandemie bringt diese Hoffnung auf den Prüfstand: Es wird viel Geld für den wirtschaftlichen Wie-

deraufbau Italiens und Spaniens bestimmt werden, die aufgrund der großen Bedeutung ihres Tourismussektors sehr viel mehr leiden als der Osten und der Norden der Europäischen Union. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Polen zu viel größeren Zugeständnissen wird bereit sein müssen, als am Anfang der Verhandlungen angenommen.

Die Chancen der Krise

In den schwierigen Zeiten der sich ausdehnenden Wirtschaftskrise ist es selbstverständlich, dass man sich auf die Gefahren und die Kosten des »Lockdown« fokussiert. Allerdings sollten auch die Chancen wahrgenommen werden, die sich daraus ergeben können. Hier ließe sich die beschleunigte Digitalisierung der polnischen Wirtschaft nennen. Die Schließung von Schulen, Hochschulen, Behörden und vielen Unternehmen erzwang eine sprunghafte Umstellung auf digitale Arbeitsmethoden. Dies ist ein chaotischer Prozess mit hohen gesellschaftlichen Kosten, beispielsweise der Ausschluss von Kindern, die keinen eigenen Computer oder keinen Internetzugang haben. Es gibt allerdings keine Umkehr mehr und eine mögliche Folge wäre ein breiterer Zugang zu Wissen, eine effektivere Verwaltung oder auf lange Sicht sogar die Durchführung von Wahlen mittels Internet.

Die Krise belebt auch die Diskussion über das Gemeinwohl in Polen, insbesondere über die Gesundheit. Während der jahrzehntelangen Transformationsphase wurden die Ressourcen vor allem mit Blick auf ein schnelles BIP-Wachstums investiert und um die hochentwickelten Wirtschaften des Westens einzuholen. Der Sektor der Gesundheitsfürsorge fiel der Marktlogik zum Opfer, die von Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich und der Expansion privater Gesundheitsanbieter dominiert wurde. In der Corona-Krise zeigte sich, dass die erbärmlich niedrigen Gesundheitsausgaben (4,5 Prozent des BIP und deutlich niedriger als der EU-Durchschnitt mit zehn Prozent des BIP) ein wirtschaftlicher Risikofaktor sind. Es war der Zustand des Gesundheitssystems, der die Regierung zu dem vehementen »Lockdown« zwang, mit den sichtbaren negativen wirtschaftlichen Folgen. Es ist schwer vorstellbar, dass die Gesellschaft nach der Krise weiter zustimmen wird, dass in das Gesundheitssystem immer noch nicht investiert wird und seine organisatorischen Schwächen bestehen bleiben. Sollte eine Folge der öffentlichen Debatte ein Anstieg der Ausgaben für diesen Bereich der öffentlichen Politik sein, dann wird sich die Debatte sicherlich schnell auch auf andere Bereiche ausweiten, zum Beispiel auf den Bereich der Bildung oder des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Sehr viel vorsichtiger sollten dagegen die hier und da geäußerten Hoffnungen behandelt werden, dass Polen aus der Umgestaltung der Globalisierung infolge der

Corona-Krise Nutzen zieht. Diese gehen – richtigerweise – von der Annahme aus, dass es zu einer größeren Entflechtung der Produktionsketten kommen wird. Die Regierungen werden darauf drängen, da sie strategische Güter im eigenen Land werden produzieren wollen. Transnationale Konzerne wiederum werden bestrebt sein, das Risiko, das mit der Konzentration der Produktion beispielsweise in China einhergeht, zu verringern. Im Ergebnis kann wirtschaftliche Aktivität in größerem Ausmaß nach Europa zurückkehren. In einer optimistischen Variante kann Polen wegen der niedrigen Kosten ein hervorragender Standort für neue Fabriken werden und neue Investitionen anziehen. Es kann aber

ebenso Opfer einer solchen Entwicklung ein. Vielleicht werden manche ausländische Firmen – nach der Logik der Risikostreuung – ihre Präsenz in Polen zurückfahren. Hinzu kommt, dass neue Firmen keineswegs viele Arbeitsplätze generieren müssen. Berücksichtigt man die Expansion neuer Technologien, kann die Reorganisation der Produktionsketten auch eine Gelegenheit sein, Menschen durch Roboter und künstliche Intelligenz zu ersetzen, die in »dunklen Fabriken« (ohne Licht, das sie nicht brauchen) das herstellen, was bisher in der chinesischen Provinz produziert wurde.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Sebastian Płóciennik, promovierter Ökonom und Jurist, leitet seit 2014 das Forschungsprogramm EU und Weimarer Dreieck am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM), Warschau. Er ist zudem Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Vistula University in Warschau. Zu seinen Forschungsgebieten zählen die deutsche Wirtschaftspolitik, die Eurozone und Institutionenökonomie.

ANALYSE

Die Polen in Zeiten der Corona-Krise. Zähneknirschend nach vorne blicken

Agnieszka Łada, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Zusammenfassung

Ohne Segen für die Osterspeise und Frühstück mit der Verwandtschaft, dafür mit dem Verbot, die Wälder zu betreten, Schulaufgaben für Zuhause und der Perspektive, die Präsidentenwahlen per Briefwahl durchzuführen: Zu Ostern wurden die Auswirkungen der Corona-Epidemie für die Polen besonders spürbar. Die gesellschaftlichen Folgen der verhängten Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 sowie der nicht verfassungskonformen Briefwahl sind jedoch weitaus größer.

Zunehmend schärfere Einschränkungen

In Polen wurden viele Einschränkungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Epidemie eingeführt, noch bevor sie in Deutschland in Kraft traten, obwohl Infektionsfälle damals noch selten waren – der erste trat in Polen am 4. März 2020 auf. Bereits am 11. März wurde die Schließung der Hochschulen, Schulen, Kitas und dergleichen bekanntgegeben, am 13. März die Schließung der Landesgrenzen für den Flug- und Bahnverkehr, die Rückkehr zu Passkontrollen und ein Einreiseverbot für Ausländer, einen Tag später die Schließung von Einkaufszentren, Restaurants, Sport- und Freizeistätten sowie das Verbot von Versammlungen über 50 Personen, darunter auch Gottesdienste. In den folgenden Tagen wurde der epidemische Notstand verhängt sowie das Verbot, das Haus zu verlassen, ausgenommen

der Gang zur Arbeit und andere lebensnotwendige Erledigungen. Untersagt wurde auch, Wälder und Parks zu betreten, und Minderjährigen, ohne Begleitung Erwachsener das Haus zu verlassen. Angeordnet wurde der Mindestabstand von zwei Metern, auch wenn zwei Personen desselben Haushalts nach draußen gehen, und die Benutzung von Handschuhen in den Geschäften. Beschränkt wurde außerdem die maximale Anzahl der Personen in Geschäften, öffentlichen Verkehrsmitteln und Gottesdiensten. Seit dem 16. April gilt die Maskenpflicht im öffentlichen Raum und an den Arbeitsplätzen. Die Strafen bei Zuwiderhandlung betragen zwischen 500 Zloty (1 Euro = 4,5 Zloty) für unerlaubte Spaziergänge und 30.000 Zloty für die Nichtbefolgung einer Quarantäne.

Die Beschränkungen wurden schnell eingeführt und umfassten einen großen Bereich des beruflichen und pri-

vaten Lebens eines jeden Bürgers. Viele, insbesondere das Verbot, die Wälder zu betreten – das mit der Notwendigkeit begründet wurde, Kontaktmöglichkeiten, insbesondere in Gruppen, zu vermeiden –, rief zahlreiche negative Kommentare hervor; auch der Bürgerrechtsbeauftragte äußerte Zweifel an der Rechtmäßigkeit (es wurde am 20. April wieder aufgehoben). Andere Verbote stießen auf Verständnis, weil sie nach Meinung vieler notwendig waren, um das schwache Gesundheitssystem in Polen nicht zu überlasten. Dies hatte bereits vor der Corona-Epidemie mit ernststen Problemen zu kämpfen. Polen hat pro 1.000 Einwohner die geringste Anzahl von Ärzten in der Europäischen Union, und zwar 2,4 gegenüber dem EU-Durchschnitt von 3,6 (Deutschland – 4,2). Mitte März war die Hälfte der Polen nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS der Meinung, dass das öffentliche Gesundheitswesen in Polen auf eine mögliche Corona-Epidemie nicht ausreichend vorbereitet ist. Daten des Meinungsforschungsinstituts KANTAR zeigten, dass zwei Drittel der Polen befürchteten, trotz eigener Vorbeugemaßnahmen krank zu werden. Dies war eines der schlechtesten Ergebnisse unter den 25 untersuchten Ländern. Ähnlich äußerten sich auch die Einwohner der Slowakei, Irlands, Spaniens und Südkoreas (Deutschland – 39 Prozent).

An Beliebtheit gewann in der Corona-Krise Gesundheitsminister Łukasz Szumowski. In einem Ranking von Anfang April überholte er Präsident Andrzej Duda. Dabei hatte im Februar die Hälfte der von CBOS Befragten Szumowski noch nicht einmal gekannt; das Vertrauen hatten ihm damals 19 Prozent ausgesprochen. Die Angst um die eigene Sicherheit und das fehlende Vertrauen in das Gesundheitssystem und allgemein in die öffentlichen Institutionen blieben allerdings bestehen und waren sicherlich einer der Hauptgründe, weshalb die Polen die eingeführten Restriktionen unterstützten. Nach einer Umfrage von IBRIS im April sprachen sich nur zwölf Prozent gegen sie aus. Die meisten Gegner wohnten in Städten, das heißt dort, wo die Einschränkungen am stärksten zu spüren waren. Geringere Unterstützung fanden sie auch unter den Ältesten, also denen, die von vornherein gefährdeter sind. Diese Ergebnisse scheinen glaubwürdig, da andere Umfragen ähnliche Antworten zeigen. Nach Untersuchungen der SWPS Universität (Warschau) gaben 82 Prozent der Polen an, dass sie sich an die Empfehlungen und Verbote der Regierung halten, und zwei Drittel betrachteten die eingeführten Maßnahmen als nicht zu restriktiv. Gleichzeitig waren ebenso viele der Meinung, dass die Regierung der Bevölkerung keine vollständigen Informationen über das Ausmaß der Gefahren durch das Coronavirus gibt. Die leeren Straßen bestätigten, dass sich viele tatsächlich an die Einschränkungen hielten. Daten von Yanosik (ein Verkehrswarnsystem,

das von Autofahrern entwickelt wurde), die die Anzahl der Fahrten in Warschau zwischen dem 6. März 2020, als die ersten Corona-Verdachtsfälle in Polen auftraten, und dem 3. April verglichen, zeigten, dass die Gesamtzahl der Fahrten praktisch um die Hälfte zurückging: von zirka 48.000 auf 24.000. Natürlich kam es auch zu Übertretungen. Am Ostersonntag (12. März) überprüfte die Polizei 125.000 unter Quarantäne stehende Personen und verhängte in knapp 300 Fällen Bußgelder. Wegen Überschreitungen der verbindlichen Maßnahmen stellte sie zirka 1.000 Strafmandate aus und leitete mehr als 500 Fälle an die Gerichte weiter.

Zunehmende Ängste

Die Corona-Epidemie und die daraus folgenden Beschränkungen bewirkten, dass die Polen mit zunehmender Sorge in die Zukunft blickten. Im Februar 2020 stellten 62 Prozent der von CBOS Befragten fest, dass ihre Familie ein gutes Leben hat, und 58 Prozent meinten, dass das auch in einem Jahr unverändert der Fall sein werde. Keinen Arbeitsplatzverlust erwarteten 80 Prozent der Befragten. Zwei Drittel der Polen bewerteten die Situation am polnischen Arbeitsmarkt als gut – das war der höchste Stand seit Jahren (beispielsweise gaben das im Jahr 2015 acht Prozent an). Die Hälfte meinte, dass im kommenden Jahr hier keine Veränderungen eintreten würden. Folglich erwarteten drei Viertel keinen Arbeitsplatzverlust. Einige Wochen Epidemie-Erfahrung veränderten die positiven Einstellungen. Die von KANTAR in der Zeit der Coronakrise täglich durchgeführten Befragungen zeigen einen konstanten Rückgang der positiven Verfassung der Polen. Einen Tag nach Ostern gaben 30 Prozent der Befragten an, dass sich die finanzielle Situation ihres Haushaltes im Laufe des letzten Monats verschlechtert habe (am 23. März sagten dies 26 Prozent), bei 61 Prozent waren keine Veränderungen eingetreten und neun Prozent gaben eine Verbesserung an. Ein Drittel sieht voraus, dass sich die Situation im nächsten Monat verschlechtern werde. Während am Anfang der Befragung, am 23. März 2020, zwei Drittel der Befragten angaben, in den vergangenen Tagen nicht auf irgendwelche Einkäufe verzichtet zu haben, bejahten dies am 14. April 61 Prozent. Die Hälfte der Befragten (53 Prozent) plante, in den kommenden Wochen weniger als gegenwärtig auszugeben. Generell zeichnete sich also ab, dass sich die Stimmung schrittweise und langsam verschlechterte. Sie veränderte sich, als die Regierung die schrittweise Lockerung des »Lockdown« verkündete. Die neuesten Daten gleichen wieder dem Niveau vom Anfang der Epidemie.

Eltern im Zweiterberuf des Lehrers

Außer den Angestellten im Gesundheitswesen und anderen Diensten, die von den Folgen der Corona-Epidemie am stärksten betroffen sind, sind auch die Eltern,

insbesondere mit jüngeren Kindern, relativ stark durch die Auswirkungen belastet. Die Schulschließung bedeutet, dass die Kinder zu Hause bleiben und dort lernen müssen. Die Schulen sind verpflichtet, ein Basis-Lehrprogramm im Fernunterricht zu absolvieren. Auf diese Herausforderung sind sie allerdings weder technisch noch methodisch vorbereitet. Ein Teil der Lehrer schickt die Aufgaben per E-Mail, andere halten den Kontakt mit den Schülern über Messengerdienste. Das Ministerium hat auch Bildungsplattformen empfohlen. Jedoch brauchen die jüngeren Kinder die ständige Unterstützung der Eltern. Diese arbeiten häufig im Home Office und müssen daher ihre Zeit zwischen den beruflichen Pflichten und der Schulbildung ihrer Kinder aufteilen. Bei Kindern bis zum Alter von acht Jahren besteht auch die Möglichkeit, einen Betreuungszuschlag in Höhe von 80 Prozent des Gehalts zu beantragen, um in dieser Situation nicht arbeiten zu müssen. Für einen Teil der Schüler ist allerdings der Zugang zu den technischen Geräten das Problem. Schätzungen zufolge fehlen in Polen zwischen 200.000 und 500.000 Computer für Schüler, damit sie ohne Hindernisse digital lernen können. Sie sollen erst noch von den Gemeinden mit EU-Mitteln angeschafft werden.

Gleich nach der Schließung der Bildungseinrichtungen bewertete die deutliche Mehrheit der Polen (84 Prozent) die Entscheidung der Regierung positiv. Die überlasteten Eltern waren jedoch im Laufe der Zeit immer irritierter. Trotz wiederholter Verschiebung der Schulöffnung beharrte das Bildungsministerium darauf, dass das Schuljahr am vorgesehenen Termin Ende Juni enden werde. In einer besonderen Situation sind die Abiturienten, deren Prüfungsphase am 4. Mai beginnen sollte, und die Schüler der Abschlussklasse der achtjährigen Grundschule, deren Prüfungen für Ende April geplant waren. Am 9. April erfuhren sie, dass die Prüfungen auf einen nicht näher bestimmten Termin, frühestens in der zweiten Junihälfte, verschoben wurden. Das konkrete Datum erfahren sie drei Wochen vor dem neuen Termin.

Autobeichte und Fernmesse

Für die polnische Gesellschaft, die traditionell familiäre und religiöse Werte pflegt, waren die eingeführten Beschränkungen in der Osterzeit besonders schmerzlich. Normalerweise treffen sich die Polen mit ihren Verwandten am Ostersonntag zum Osterfrühstück. Laut einer Umfrage von CBOS ist für 67 Prozent der Polen Ostern vor allem ein Familienfest, für 51 Prozent ein religiöses Fest. In diesem Jahr musste Ostern entsprechend den Empfehlungen der Regierung auf den Kreis der im Haushalt lebenden Personen beschränkt werden, wenn gleich es kein Verbot gab, die Feiertage mit der näheren Verwandtschaft zu verbringen.

Ostern ist aber vor allem für Millionen polnischer Katholiken das höchste religiöse Fest mit vielen Ritualen und Traditionen. Dazu gehören am Karsamstag der Gang zum »Grab des Herrn«, das in den Kirchen aufgebaut wird, und das Segnen der Osterspeisen, was auch für manchen derjenigen wesentlich ist, die sich nicht zu den praktizierenden Katholiken zählen. Die eingeführten Beschränkungen begrenzten die Möglichkeiten des religiösen Lebens stark. Während der Gottesdienste dürfen außer dem Zelebranten und seinem Assistenten nur fünf Personen anwesend sein. In der Folge wurden viele Messen und Andachten abgesagt, die für viele Gläubige ein wichtiger Bestandteil der Karwoche sind. Abgesagt wurden auch die besonderen Feierlichkeiten von Gründonnerstag bis Ostersonntag (Triduum Sacrum), an denen laut CBOS 58 Prozent der Polen teilnehmen. Die Feiern fanden in der Regel ohne die Gemeinde statt; einige wurden im Internet, Fernsehen oder Radio übertragen und wurden teilweise von Zehntausenden vor den Bildschirmen verfolgt.

Eine Herausforderung war für die Gläubigen auch die Erteilung des Sakraments der Beichte (69 Prozent der Befragten gaben an, Ostern zur Beichte zu gehen), denn die Kirchen waren nur zu bestimmten Zeiten geöffnet. Manche Priester kamen den Gläubigen entgegen, indem sie eine »Autobeichte« organisierten, das heißt zu den Gläubigen kamen, die im Auto vorgefahren waren. Auch tragbare Beichtstühle wurden an der frischen Luft aufgestellt.

Schmerzhaft war für viele die Schließung eines Teils der Friedhöfe für Besucher (abgesehen von Beerdigungen), denn die Ostertage sind traditionell eine Zeit, in der viele Polen die Gräber ihrer Angehörigen besuchen. Hier lag die Entscheidung bei der jeweiligen Verwaltung.

Wahlen ja – aber wie?

Für viele Beobachter des öffentlichen Lebens in Polen war die so rasche und restriktive Einführung der Beschränkungen unmittelbar mit dem geplanten Termin der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 2020 verknüpft. In diesen kämpft der amtierende Präsident Andrzej Duda, der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unterstützt wird, für seine Wiederwahl. Die regierende PiS ist sich dessen bewusst, dass die Krisensituation zwar den Zustimmungswerten für das Regierungslager zugutekommt, die Unterstützung aber deutlich fallen könnte, wenn die Gesellschaft beginnt, die Folgen des epidemischen Notstandes zu spüren. Die Aufrechterhaltung des Wahltermins bedeutet also eine große Chance für Duda. Meinungsumfragen im Februar sagten einen zweiten Wahlgang vorher, in dem der Sieg gegen Małgorzata Kidawa-Błońska, Kandidatin der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), unsicher war. Umfragen aus der Zeit der Epidemie gaben dem Präsi-

dentem mehr als 50 Prozent, das hieße ein Wahlsieg im ersten Wahlgang. Daher klammert sich die PiS an das ursprüngliche Datum und achtet weder auf mögliche epidemiebedingte Folgen noch darauf, dass die Gegenkandidaten keine Möglichkeiten haben, ihren Wahlkampf zu führen.

Die Wahlen müssten verschoben werden, wenn die Regierung den Notstand infolge einer Naturkatastrophe ausriefe, was in der Realität fast identisch ist mit dem verhängten epidemischen Notstand. Die Verfassung sagt, dass in der Zeit des Katastrophennotstands und in den 90 Tagen nach seiner Aufhebung keine Präsidentenwahlen stattfinden dürfen und die Amtszeit entsprechend verlängert werden muss. Die PiS, die den Wahltermin am 10. Mai unbedingt beibehalten will, tat alles, um die Entwicklung der Epidemie einzudämmen und nicht den Notstand der Naturkatastrophe verhängen zu müssen. Darüber hinaus hat die PiS in der Parlamentsitzung, in der das Gesetz zur Rettung der Wirtschaft in der Zeit der Corona-Epidemie beraten wurde, einen weiteren Gesetzesentwurf eingebracht: Er schreibt die Einführung der Briefwahl als einzige Wahlform für die Präsidentenwahlen 2020 fest und ermöglicht gleichzeitig die Verschiebung des Wahltermins. Mit den Stimmen der PiS-Mehrheit wurde der Gesetzesentwurf noch in derselben Sitzung angenommen. Unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, wann die Amtszeit des Präsidenten endet, wäre der einzig mögliche verschobene Wahltermin der 17. Mai. Theoretisch wäre zu diesem Datum die Durchführung der Briefwahl möglich. Der Senat, dem das Gesetz nun vorliegt, wird es wahrscheinlich zurückweisen, so dass das Gesetz am 7. Mai wieder an den Sejm zurückgeht und noch am selben Tag mit den Stimmen der PiS-Mehrheit angenommen werden könnte. Die Post, die die Wahlunterlagen zustellen müsste, hätte also im Falle der Terminverschiebung nur wenige Tage dazu Zeit.

Wenn die PiS das Gesetz über die Briefwahl wenige Wochen vor den Wahlen annimmt, ohne Parlaments-

debatte, hätte sie nicht nur den Grundsatz verletzt, dass das Wahlrecht ein halbes Jahr vor der Wahl nicht mehr verändert werden kann, sondern noch weitere Standards der Rechtsstaatlichkeit und des Parlamentarismus: Sie schlägt den Bürgern eine Lösung vor, die ihnen nicht vertraut ist (bisher dürfen nur Menschen mit Behinderungen vom Recht der Briefwahl Gebrauch machen), es wird nicht ausreichend Zeit eingeräumt, um dieses Unternehmen vorzubereiten (Ausarbeitung eines Konzeptes zur Durchführung der Abstimmung, Druck der Wahlunterlagen für 30 Millionen Bürger und ihre Verteilung in Zeiten einer Epidemie), und die Wahl wird während der bestehenden Epidemie durchgeführt. Hinzu kommt, dass die Polen, die sich am Tag der Wahl im Ausland aufhalten, von der Abstimmung ausgeschlossen werden. Auch wenn es sich hier um eine geringe Anzahl handelt, ist es eine Verletzung demokratischer Prinzipien.

Die gesellschaftspolitischen Folgen werden enorm sein. Angefangen von der möglichen Wahl des Staatsoberhauptes auf eine Art und Weise, die fern von demokratischen Prinzipien ist, über den noch größer werdenden Vertrauensverlust gegenüber öffentlichen Institutionen bis hin zur Gefährdung der Gesundheit der Wähler, des Postpersonals und der Mitglieder der Wahlkommissionen. Die Fraktion der Bürgerkoalition ruft bereits zum Wahlboykott auf, die übrigen Präsidentschaftskandidaten fordern die Verschiebung der Wahlen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist nicht zu erwarten. Eine Befragung von SW Research für die Tageszeitung Rzeczpospolita ergab, dass 28 Prozent der Wahlberechtigten bereit wären, ihre Stimme auf diese Weise abzugeben. Allerdings unterscheidet sich die Häufigkeit der Aussage, dass man vorhabe, an der Wahl teilzunehmen, von der tatsächlichen Wahlbeteiligung, und zwar immer deutlich zu Ungunsten der Letzteren.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist stellvertretende Direktorin des Deutschen Polen-Instituts (DPI) in Darmstadt und war bis Dezember 2019 Leiterin des Europa-Programms sowie Senior Analyst des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau. Ihre Schwerpunkte sind die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außen- und Europapolitik, die Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen und EU-Institutionen.

Corona – ein Weg zurück zu alten Bildern?

Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Das Corona-Virus wirbelt Europa und die Welt durcheinander. Gewohnte Verhaltensweisen, gesichertes Wissen, gute Nachbarschaften stehen auf dem Spiel, zumindest auf dem Prüfstand. Auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Deutschlands Blick auf Polen in diesen Wochen ist geprägt von Respekt, aber auch Bedenken. Respekt zollen die Beobachter in den Medien dem frühen und konsequenten »Lockdown« des Landes. Doch die Tatsache, dass die von der polnischen Regierung verhängten Maßnahmen zu den restriktivsten in Europa zählen, weckt auch Misstrauen: Die Staatsgrenzen fast hermetisch abgeriegelt, eine sehr harte Ausgangssperre verhängt, drakonische Strafen für Zuwiderhandlungen, rechtliche Regelungen im Hau-ruckverfahren durch das Parlament gebracht – das scheint in deutschen Augen gut in das Narrativ von den autoritären Tendenzen in Polen zu passen. Dabei sollte man jedoch berücksichtigen, dass Politik und Gesellschaft in Polen von Unsicherheit, Misstrauen und Angst geprägt werden, und das schon seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten. Und nicht nur die Bevölkerung misstraut ihrer Regierung und den staatlichen Institutionen. Gleichzeitig misstraut die Regierung auch der Bevölkerung. Auch deshalb hat sich Warschau zu so strikten Vorgaben entschlossen.

Da die Bevölkerung um die vielfältigen Probleme des Gesundheitswesens weiß, trägt sie die Maßnahmen – teils zähneknirschend – mit. Die Erfahrung der letzten Jahre wie auch der letzten Wochen, dass nämlich die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bereit ist, sich bei Bedarf über geltende Gesetze, aber auch über die Verfassung und die Gepflogenheiten des Sejm hinwegzusetzen, lässt bei der polnischen Opposition ebenso wie im westlichen Ausland allerdings die Befürchtung entstehen, dass sich das Land auf dem Weg in eine autoritäre Staatsordnung befinde. So wähnt die Opposition hinter dem Vorhaben, trotz Coronakrise die Präsidentenwahl am 10. Mai 2020 als Briefwahl durchzuführen zu lassen, zynische Machtpolitik, während die Regierung sagt, sie wolle lediglich verfassungskonform agieren. Angesichts des fundamentalen politischen Misstrauens und der bevorstehenden Wahlen sind deshalb selbst in Krisenzeiten wie gegenwärtig überparteiliche Kompromisse so gut wie unmöglich. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Außenwahrnehmung Polens: Die Versuchung, nur eine Seite der polarisierten politischen Szene wahrzunehmen, lenkt davon

ab, dass sich der polnische Staat auf allen seinen Ebenen trotz zahlreicher struktureller Defizite in der Krise als durchaus handlungsfähig erwiesen hat.

Von Misstrauen sind auch weitere Maßnahmen der Regierung geprägt, die wiederum Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen haben: Die weitgehende Schließung der Grenze für Pendler oder Saisonarbeiter stellt in grenznahen Regionen zahlreiche Arbeitgeber, Arbeitnehmer und auch Familien auf eine harte Probe. Die Tatsache, dass hier anders als im deutsch-französischen Grenzgebiet rasch zahlreiche Probleme auftreten, von stundenlangen Lkw-Staus bis hin zu ungeklärten Modalitäten des Grenzübertretts, ist eine Folge des immer noch starken Zentralismus in Polen und einer schlechten Kommunikation zwischen den Regionen und der Zentrale, aber auch der strukturellen Probleme bei der regionalen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen: Während in Deutschland die Länder vielfach die Entscheidungsgewalt haben, ist es in Polen die Zentralregierung, zu der die deutschen Länderregierungen wiederum kaum direkte Kommunikationskanäle besitzen. Gerade in Krisensituationen wie dieser zeigen sich hier die Herausforderungen, vor denen die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit immer noch steht.

Die Coronakrise offenbart ganz deutlich die immensen Verflechtungen, die Deutschland und Polen in den vergangenen Jahren eng miteinander verbunden haben. Deutsche Unternehmensniederlassungen in Polen, polnische Arbeitsmigranten in Deutschland und ein erheblicher wirtschaftlicher wie kultureller Austausch sind mit einem Schlag vor mannigfache Probleme gestellt worden. Wenn nun deutsche Spargelbauern nicht mehr ernten können und die bereits beschlossene Übernahme der deutschen Fluggesellschaft Condor durch die Muttergesellschaft der polnischen Fluglinie LOT platzt, so entsteht die Gefahr, dass vermeintliche Schuld auf den Nachbarn abgewälzt wird. Durch den krisenbedingten Rückzug der Länder Europas auf nationale Lösungen drohen alte Stereotype plötzlich neu aufzuleben: Hier die nationalistischen Polen, dort die naseweisen Deutschen. Die erwartbaren ökonomischen Verwerfungen in den nächsten Jahren erweitern jedenfalls den Möglichkeitsraum für Missklänge in der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Gerade deshalb sollten Deutsche und Polen jetzt nicht etwa aufhören, miteinander zu reden: Dialog ist nötiger denn je, um die einstweilen geschlossenen Grenzen zu überwinden.

Über den Autor

Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, Honorarprofessor an der TU Darmstadt, Historiker, Autor zahlreicher Bücher zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen.

Lasst uns machen, was nötig ist. Das ist ein Krieg.

Grzegorz Balawender spricht mit Marek Belka

G.B.: Gibt es ein Verschuldungslimit, das wir erreichen dürfen, wenn wir mehr Geld in die Wirtschaft stecken?

M.B.: Ich würde vorschlagen, sich jetzt nicht mit dem Verschuldungslimit zu befassen, obschon dies mit großer Wucht auf uns zurückschlagen wird. Das wichtigste ist jetzt, einen so großen Teil der Wirtschaft wie nur möglich vor dem Zerfall zu retten. Viele kleine und mittlere Betriebe könnten in ein paar Monaten nämlich nichts mehr haben, was sie aufbieten können.

Der vor ein paar Tagen modifizierte »Antikrisenschild« soll den Firmen helfen. Wie beurteilen Sie ihn?

Wer schnell gibt, gibt zwei Mal. Es ist besser, gleich mehr anzubieten und schließlich nicht alles auszuschöpfen, als zu wenig zu geben. Das könnte uns dann teurer zu stehen kommen. Die Lage ist derart instabil und unvorhersehbar, dass man sich nicht mit der Beurteilung ablenken sollte, ob die Summen zu hoch oder zu niedrig sind. Man muss vernünftig und den Umständen entsprechend handeln.

Es wird sich zeigen, ob diese Maßnahmen ausreichen. Am wichtigsten ist es, den »Schild« auf die Erfahrungen der Unternehmer zu stützen, man braucht keine allzu große Bürokratie. Was mir fehlt, ist eine ausführliche Information an die Firmen. Vielleicht sollte sie der Polnische Entwicklungsfonds (Polski Fundusz Rozwojowy – PFR) leisten? Man müsste schnell ein Informationsportal in Gang setzen. Hoffentlich wird das alles funktionieren und brauchen wir keine weiteren Schutzschilder mehr. [...]

Wie wird der Exit aus der Krise aussehen? Wird es steil nach oben gehen, oder wird es ein eher langsamer Wiederaufbau?

Je länger der »Lockdown«, umso schwieriger wird es, wieder Fuß zu fassen. Wenn die Lähmung der Wirtschaft drei Monate dauern wird, kann der Sprung nach oben schneller und dynamischer erfolgen. Die Firmen bleiben zahlungsfähig und werden die Belegschaften noch halten können, ebenso bleiben die Lieferketten bestehen. Wenn der »Lockdown« länger andauert, z. B. sechs Monate, dann wird der Wiederaufbau schwieriger. [...]

Wenn Sie jetzt Regierungschef wären, wie würde Ihre Exit-Strategie aussehen?

Wenn ich heute Ministerpräsident wäre, würde ich sofort vor das Volk treten und verkünden: »Es kann keine Rede von Präsidentschaftswahlen in nächster Zeit sein. Alles, was wir machen, ist den Belangen der Gesellschaft, dem Schutz der Bevölkerung untergeordnet. Wir lassen uns von keinen anderen Motiven leiten.« Auf diese Weise käme es zum Umbruch in der Wahrnehmung dessen, was in Polen geschieht. Und es geschieht eine ganze Menge. Ich kann nicht sagen, dass wir uns als Staat nicht Mühe geben. Wir sind in einer Situation, in der alle an Bord gebraucht werden. Dazu braucht man eine Atmosphäre des Vertrauens. Diese würde durch die erwähnte Erklärung aufgebaut. Als Zweites würde ich mit Unternehmern und Gewerkschaften Schritt für Schritt überlegen, wie der »Antikrisenschild« ergänzt werden kann. Dass wir Fehler machen, ist normal. In dem Moment, wenn wir die Sache entpolitisieren, kommt der Glaube zurück, dass wir alle im besten Interesse des Landes handeln. Das wesentlichste ist, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht auf dem Papier bleiben und nicht auf mediale, sondern tatsächliche Effekt zugeschnitten sind. Dass die Staatsbediensteten und auch die Bankangestellten in den privaten Banken den Ernst der Lage begreifen.

Es fehlten wohl Gespräche mit der Wirtschaft?

Ich weiß nicht, wie bedeutend und konkret die Gespräche waren, aber das muss ich nicht wissen. Wenn die Regierung beschließt, dass der Rat für den Gesellschaftlichen Dialog (Rada Dialogu Społecznego – RDS) zu einer Fassade wird, dass jemand, der die Regierung kritisiert, aus dem Rat entlassen werden kann, wovon sprechen wir dann? Das sind Schritte, die die Atmosphäre des Dialogs zerstören.

Wird die Regierung einen Teil der Sozialausgaben wie das Kindergeld 500+, die dreizehnte Rentenzahlung oder die steile Anhebung des Mindestlohnes abschaffen?

Diese Frage stellen sich die Abgeordneten verschiedener Parteien immer wieder. Aber das sind keine Fragen für heute. Die Abschaffung irgendwelcher dieser Leistungen wäre Selbstmord. Für viele Menschen stellen sie eine wichtige Einkommensquelle dar, die sie vor extremer Armut bewahrt. Erst wenn sich alles wieder beruhigt, wird die Regierung auf die Sozialpolitik mit etwas kritischeren Augen schauen müssen. [...]

Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Nationalbank? Zwei Mal hat sie schon den Zinssatz reduziert und kauft Staatsanleihen zurück?

Ich halte diese Schritte für richtig. Klar würde ich mich in normalen Zeiten darüber aufregen. Aber das sind keine normalen Zeiten. Diese Aktivitäten wurden schon von der Europäischen Zentralbank angewendet und das in einer weit weniger dramatischen Situation. Später werden wir dafür zahlen müssen, weil man das alles ordnen und stabilisieren muss. Uns muss auch bewusst sein, dass wir die Warnstufen überschreiten dürfen, auch die Schuldenbremse von 60 Prozent des BIP. [...]

Ist das der Anfang vom Ende der Globalisierung?

Ich kann mir eine Abkehr von der Globalisierung nicht vorstellen. Die Unternehmen werden sich bemühen, dass ihre Lieferketten näher liegen, z. B. in Europa. Vielleicht wird China nicht mehr die Werkbank der Welt sein. Auf der anderen Seite kann China als eine Diktatur besser mit solchen Krisen umgehen.

Werden wir nach der Krise eine andere Ökonomie haben?

Mit Sicherheit wird die Risikobereitschaft abnehmen, was bedeutet, dass die Weltwirtschaft weniger Dynamik erfahren wird. Das betrifft auch die Konsumfreudigkeit, was diejenigen freuen wird, die gegen den übermäßigen CO₂-Ausstoß und den Klimawandel ankämpfen.

Allerdings schien es auch nach der letzten Krise, dass sich unsere Gewohnheiten ändern und die Neigung zum Risiko nachlassen wird. Dazu ist es nicht gekommen. Die Unbekümmertheit auf den Finanzmärkten kam schnell zurück. Ich bin hier kein allzu großer Optimist.

Wird die Krise die EU stärken oder schwächen?

Allein der Gedanke, darüber zu sprechen, macht mir Angst. Auf der einen Seite ist das eine Chance, um einen nächsten Schritt in der Integration zu vollziehen. Auf der anderen Seite werden die Landespolitiker die EU für die eigenen Fehler verantwortlich machen und Brüssel wie einen Prügelknaben behandeln. Jetzt schon hört man die Klage, dass es keine gemeinsamen epidemiologischen Maßnahmen gäbe, und man vergisst dabei, dass wir der EU dazu keine Befugnisse gegeben haben. Mich ärgert auch die ständige Beteuerung, wie toll wir vor dem Hintergrund anderer Länder im Kampf gegen das Corona-Virus dastehen. Das stimmt nicht.

Plötzlich sind wir aufgewacht und stellen fest, dass das Gesundheitswesen auch ein Teil des Wirtschaftslebens ist und zwar ein überaus wichtiger. Ein schwächeres Gesundheitssystem bedeutet die Notwendigkeit, die Wirtschaft länger im Stillstand verharren zu lassen.

Wir dürfen nun auch anders auf die Eurozone blicken. Wenn wir drin wären, wären auch unkonventionelle Antikrisenmaßnahmen, wie etwa eine indirekte Finanzierung einiger Ausgaben durch die Zentralbank, weniger riskant. Wir wären Teil einer größeren Einheit, Teil eines stabileren Währungsmarktes. Aber wir sind es nicht, weil wir es nicht wollten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Andrzej Kaluza

Marek Belka (Jg. 1952) ist Abgeordneter des Europäischen Parlaments (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten). Er war Berater des Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski, von 2004 bis 2005 Ministerpräsident Polens, von 2010 bis 2016 Präsident der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP). Belka gehört zu den wichtigsten Wirtschaftswissenschaftlern des Landes.

© Copyright by GREMI MEDIA SA

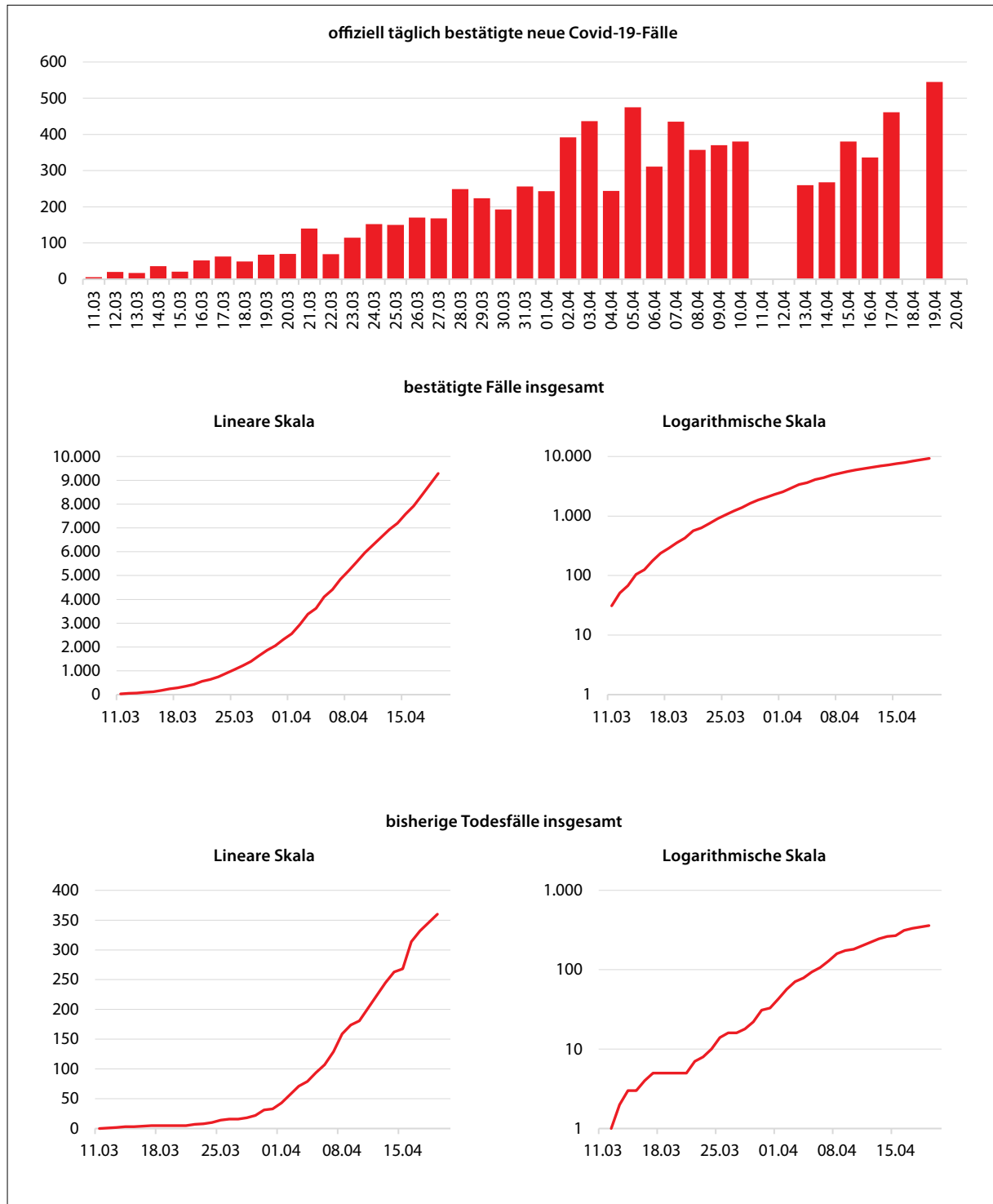
Erlaubnis für Übersetzung und Abdruck mit freundlicher Genehmigung von GREMI MEDIA SA

Der Artikel erschien in der Tageszeitung »Rzeczpospolita« am 14.04.2020: <https://www.rp.pl/Gospodarka/304149917-RZECZOBIZNESIE-Marek-Belka-Robmy-to-co-niezbedne-To-jest-wojna.html>

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 20. April 2020)



*Beginn der Veröffentlichung der Fallzahlen in u. g. Quelle
 Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Präses des Ministerrates]; Biuletyn Informacyjny Centrum Analiz Strategicznych [Informationsbulletin des Zentrums für Strategische Analysen]: Stan epidemiologiczny w Polsce [Der epidemiologische Stand in Polen]. <https://www.gov.pl/web/premier/komunikaty-cir>

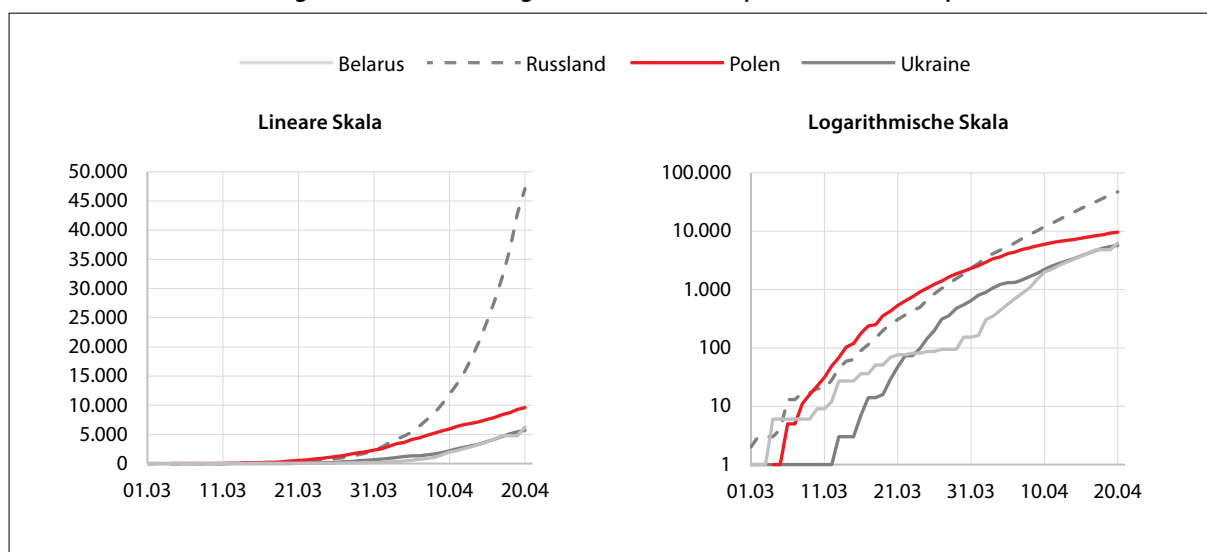
Tabelle 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 20. April 2020)

Datum	offiziell täglich bestätigte neue Covid-19-Fälle/bestätigte Fälle insgesamt	bisherige Todesfälle insgesamt
11.03.2020*	6/31	/
12.03.2020	20/51	1
13.03.2020	17/68	2
14.03.2020	36/104	3
15.03.2020	21/125	3
16.03.2020	52/177	4
17.03.2020	63/238	5
18.03.2020	49/287	5
19.03.2020	68/355	5
20.03.2020	70/425	5
21.03.2020	140/565	5
22.03.2020	69/634	7
23.03.2020	115/749	8
24.03.2020	152/901	10
25.03.2020	150/1.051	14
26.03.2020	170/1.221	16
27.03.2020	168/1.389	16
28.03.2020	249/1.638	18
29.03.2020	224/1.862	22
30.03.2020	193/2.055	31
31.03.2020	256/2.311	33
01.04.2020	243/2.554	43
02.04.2020	392/2.946	57
03.04.2020	437/3.383	71
04.04.2020	244/3.627	79
05.04.2020	475/4.102	94
06.04.2020	311/4.413	107
07.04.2020	435/4.848	129
08.04.2020	357/5.205	159
09.04.2020	370/5.575	174
10.04.2020	380/5.955	181
11.04.2020 (Karsamstag)	keine Information	keine Information
12.04.2020 (Ostersonntag)	keine Information	keine Information
13.04.2020	260/6.934	245
14.04.2020	268/7.202	263
15.04.2020	380/7.582	268
16.04.2020	336/7.918	314
17.04.2020	461/8.379	332
18.04.2020	keine Information	keine Information
19.04.2020	545/9.287	360
20.04.2020	306/9.593	380

*Beginn der Veröffentlichung der Fallzahlen in u. g. Quelle

Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Präses des Ministerrates]; Biuletyn Informacyjny Centrum Analiz Strategicznych [Informationsbulletin des Zentrums für Strategische Analysen]; Stan epidemiologiczny w Polsce [Der epidemiologische Stand in Polen]. <https://www.gov.pl/web/premier/komunikaty-cir>

Grafik 2: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. März – 20. April 2020, Johns-Hopkins-Universität)

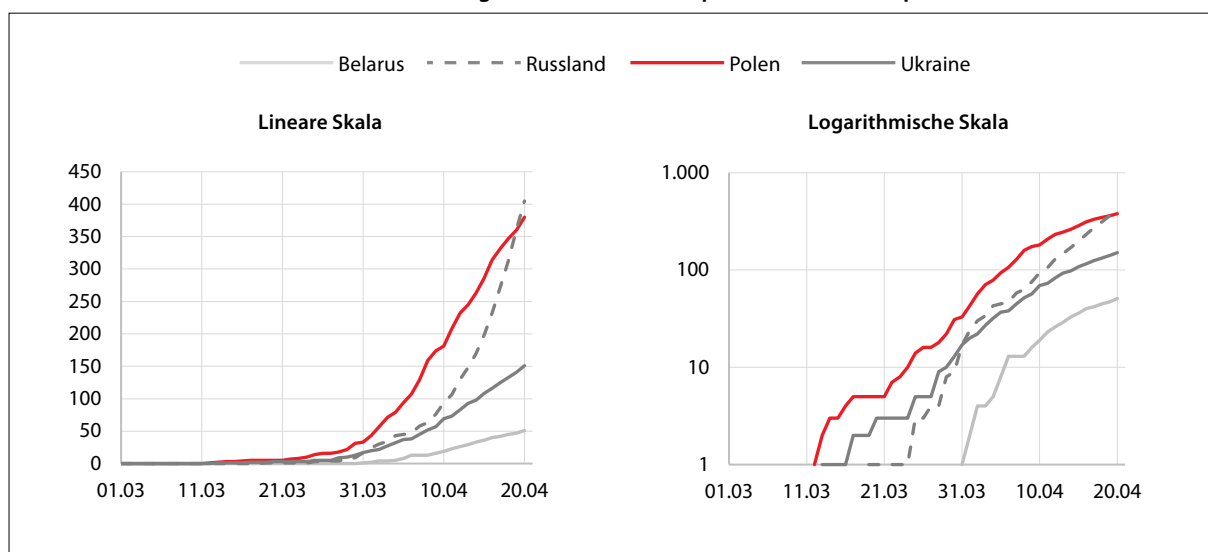


Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	1		2	1
02.03.	1		3	1
03.03.	1		3	1
04.03.	6	1	3	1
05.03.	6	1	4	1
06.03.	6	5	13	1
07.03.	6	5	13	1
08.03.	6	11	17	1
09.03.	6	16	17	1
10.03.	9	22	20	1
11.03.	9	31	20	1
12.03.	12	49	28	1
13.03.	27	68	45	3
14.03.	27	103	59	3
15.03.	27	119	63	3
16.03.	36	177	90	7
17.03.	36	238	114	14
18.03.	51	251	147	14
19.03.	51	355	199	16
20.03.	69	425	253	29
21.03.	76	536	306	47
22.03.	76	634	367	73
23.03.	81	749	438	73
24.03.	81	901	495	97
25.03.	86	1.051	658	145
26.03.	86	1.221	840	196

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
27.03.	94	1.389	1.036	310
28.03.	94	1.638	1.264	356
29.03.	94	1.862	1.534	475
30.03.	152	2.055	1.836	548
31.03.	152	2.311	2.337	645
01.04.	163	2.554	2.777	794
02.04.	304	2.946	3.548	897
03.04.	351	3.383	4.149	1.072
04.04.	440	3.627	4.731	1.225
05.04.	562	4.102	5.389	1.308
06.04.	700	4.413	6.343	1.319
07.04.	861	4.848	7.497	1.462
08.04.	1.066	5.205	8.672	1.668
09.04.	1.486	5.575	10.131	1.892
10.04.	1.981	5.955	11.917	2.203
11.04.	2.226	6.356	13.584	2.511
12.04.	2.578	6.674	15.770	2.777
13.04.	2.919	6.934	18.328	3.102
14.04.	3.281	7.202	21.102	3.372
15.04.	3.728	7.582	24.490	3.764
16.04.	4.204	7.771	27.938	4.161
17.04.	4.779	8.379	32.008	4.662
18.04.	4.779	8.742	36.793	5.106
19.04.	4.779	9.287	42.853	5.449
20.04.	6.264	9.593	47.121	5.710

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 20.04.2020, 20:38 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 3: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 20. April 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	0	0	0	0
02.03.	0	0	0	0
03.03.	0	0	0	0
04.03.	0	0	0	0
05.03.	0	0	0	0
06.03.	0	0	0	0
07.03.	0	0	0	0
08.03.	0	0	0	0
09.03.	0	0	0	0
10.03.	0	0	0	0
11.03.	0	0	0	0
12.03.	0	1	0	0
13.03.	0	2	0	1
14.03.	0	3	0	1
15.03.	0	3	0	1
16.03.	0	4	0	1
17.03.	0	5	0	2
18.03.	0	5	0	2
19.03.	0	5	1	2
20.03.	0	5	1	3
21.03.	0	5	1	3
22.03.	0	7	1	3
23.03.	0	8	1	3
24.03.	0	10	1	3
25.03.	0	14	3	5
26.03.	0	16	3	5

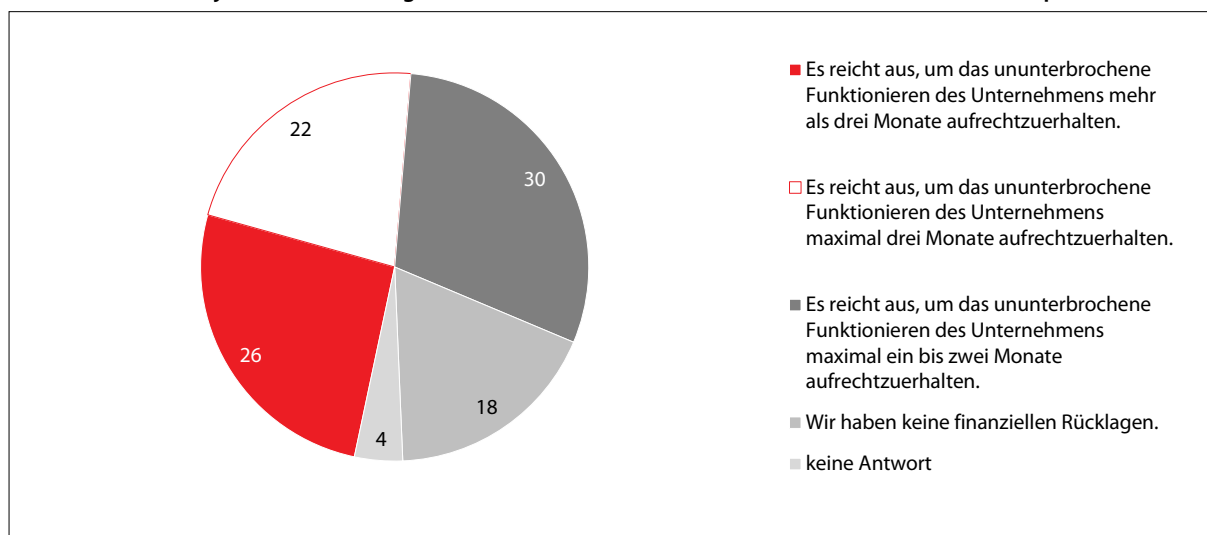
Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
27.03.	0	16	4	5
28.03.	0	18	4	9
29.03.	0	22	8	10
30.03.	0	31	9	13
31.03.	1	33	17	17
01.04.	2	43	24	20
02.04.	4	57	30	22
03.04.	4	71	34	27
04.04.	5	79	43	32
05.04.	8	94	45	37
06.04.	13	107	47	38
07.04.	13	129	58	45
08.04.	13	159	63	52
09.04.	16	174	76	57
10.04.	19	181	94	69
11.04.	23	208	106	73
12.04.	26	232	130	83
13.04.	29	245	148	93
14.04.	33	263	170	98
15.04.	36	286	198	108
16.04.	40	314	232	116
17.04.	42	332	273	125
18.04.	45	347	313	133
19.04.	47	360	361	141
20.04.	51	380	405	151

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 20.04.2020, 22:38 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

UMFRAGE

Reaktionen der polnischen Wirtschaft auf die Covid-19-Krise

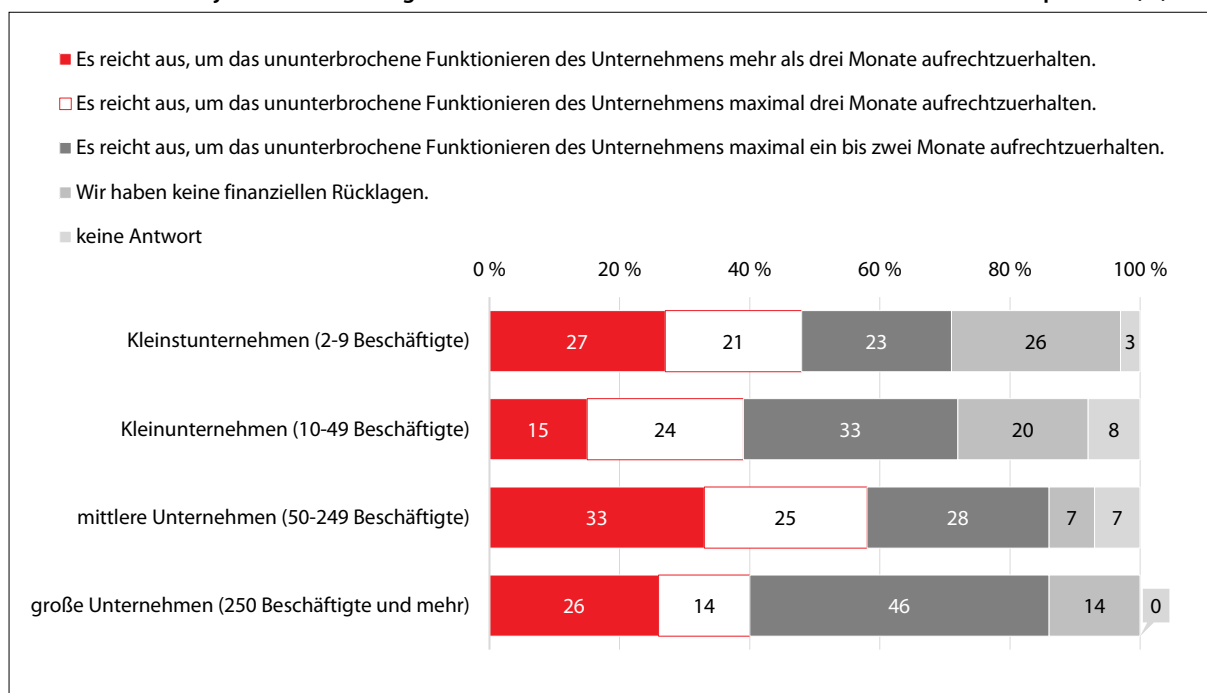
Grafik 1: Die subjektive Beurteilung der finanziellen Situation der Unternehmen in der Corona-Epidemie (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

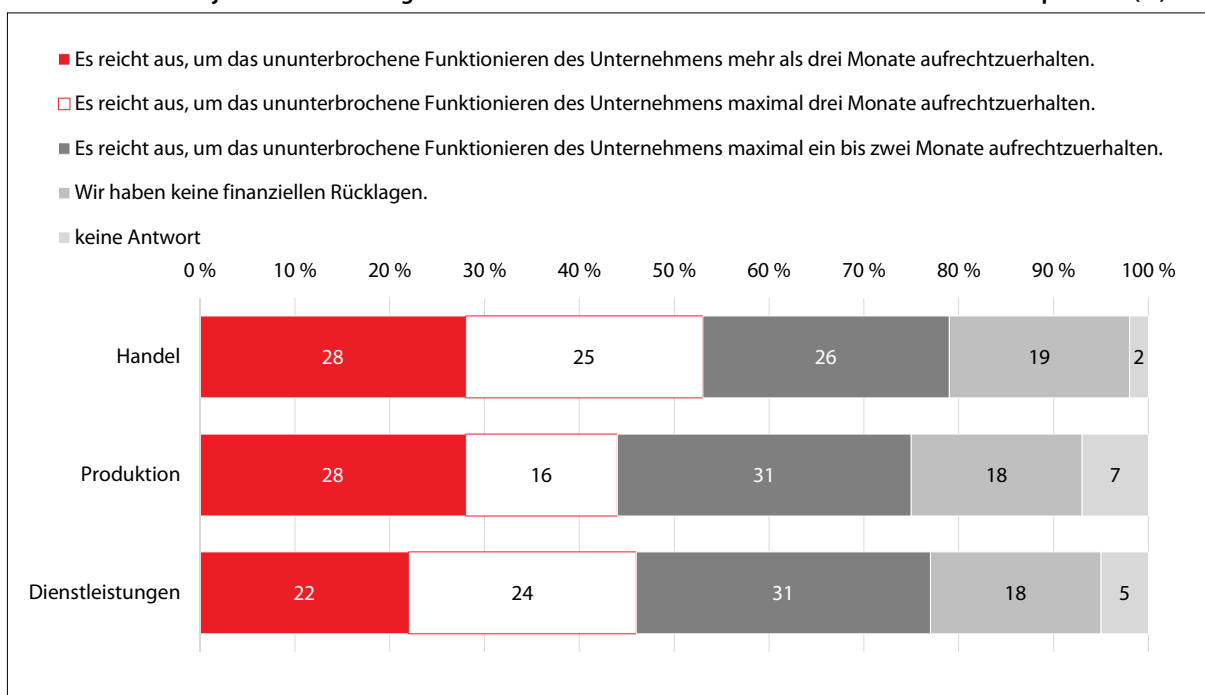
Grafik 2: Die subjektive Beurteilung der finanziellen Situation der Unternehmen in der Corona-Epidemie (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

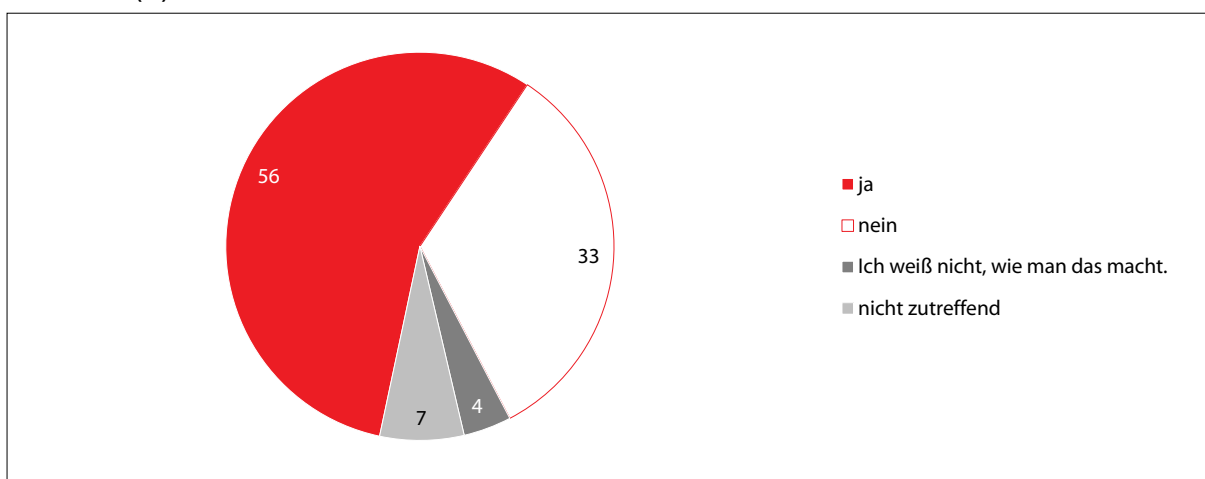
Grafik 3: Die subjektive Beurteilung der finanziellen Situation der Unternehmen in der Corona-Epidemie (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

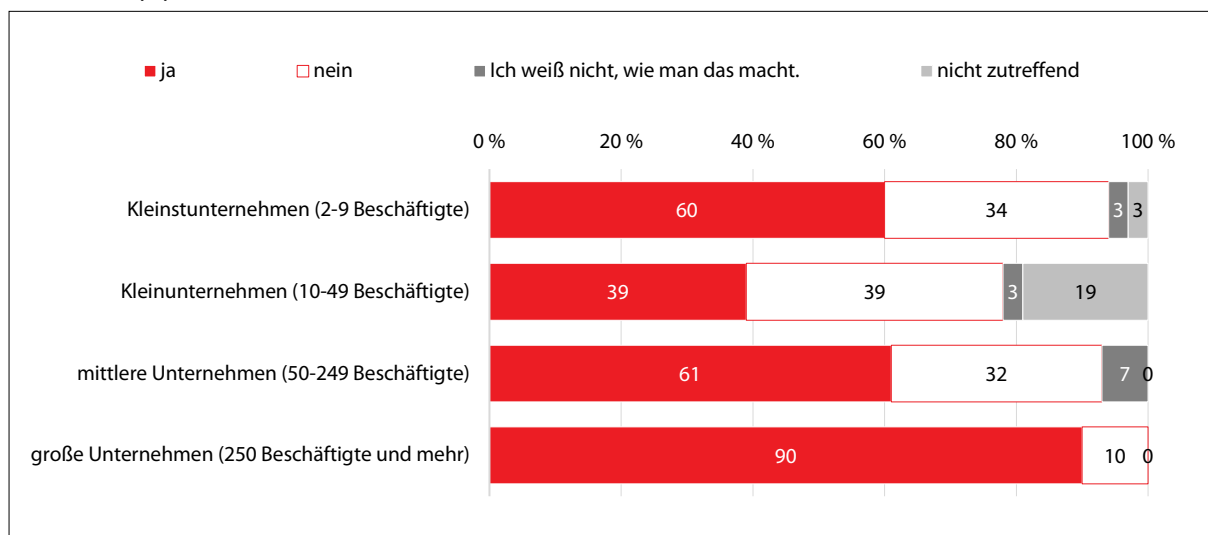
Grafik 4: Unternehmen, die vorhaben, den »Antikrisenschild« der Regierung in der Corona-Epidemie zu nutzen (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

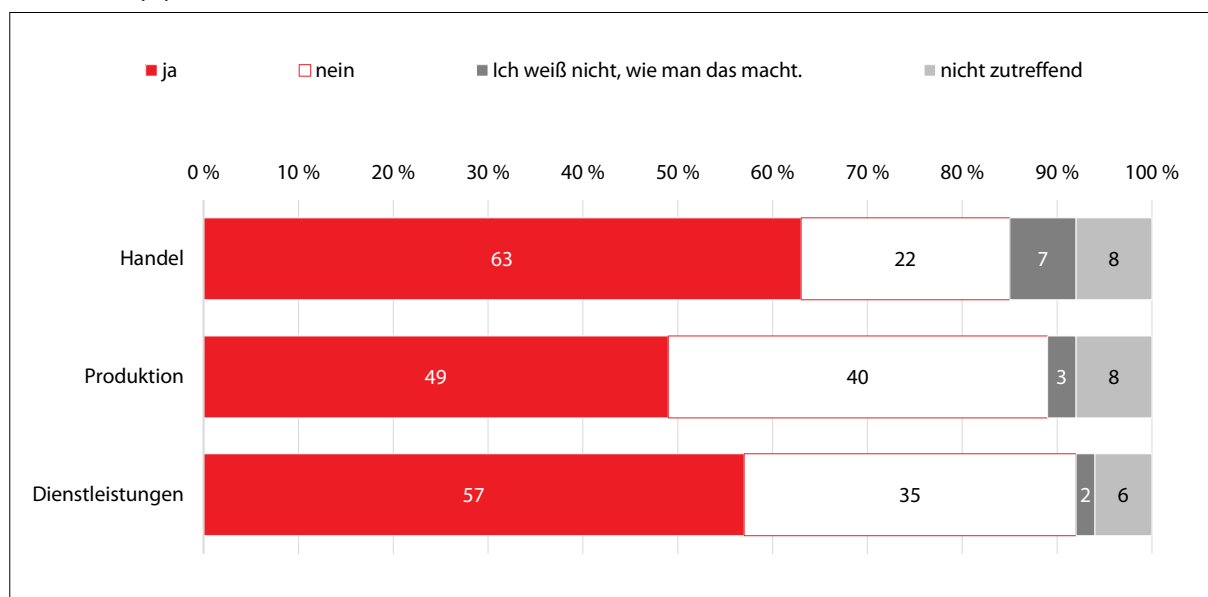
Grafik 5: Unternehmen, die vorhaben, den »Antikrisenschild« der Regierung in der Corona-Epidemie zu nutzen (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

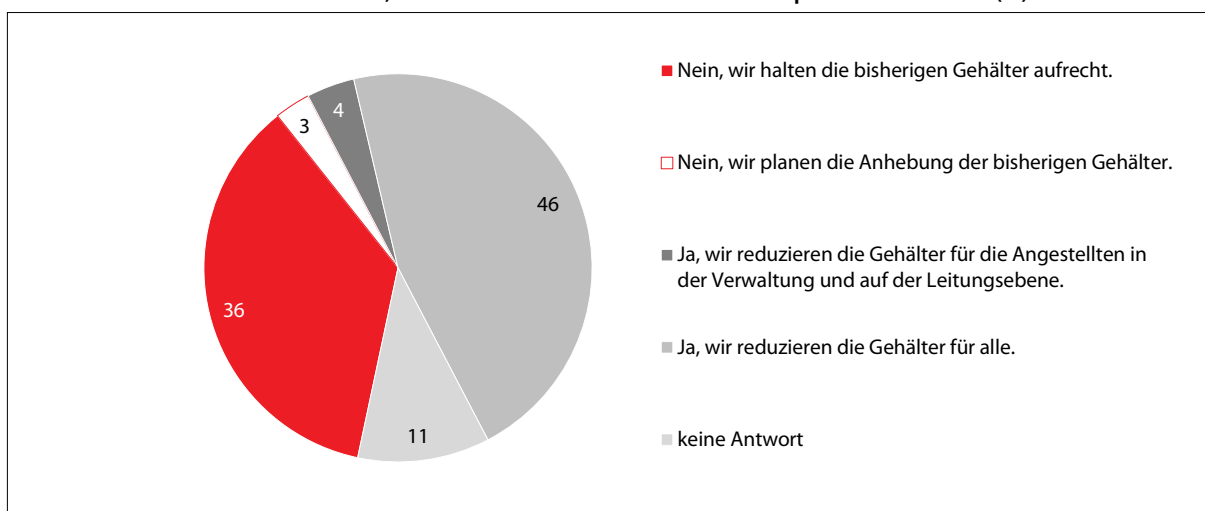
Grafik 6: Unternehmen, die vorhaben, den »Antikrisenschild« der Regierung in der Corona-Epidemie zu nutzen (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

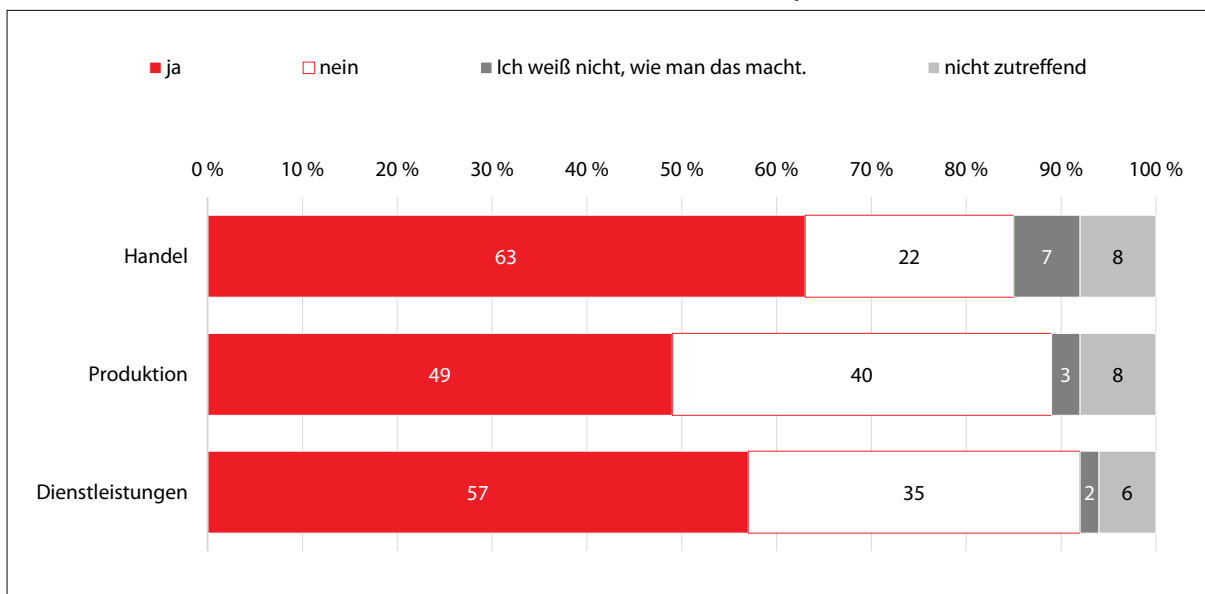
Grafik 7: Pläne der Unternehmen, die Höhe der Gehälter in der Corona-Epidemie zu ändern (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

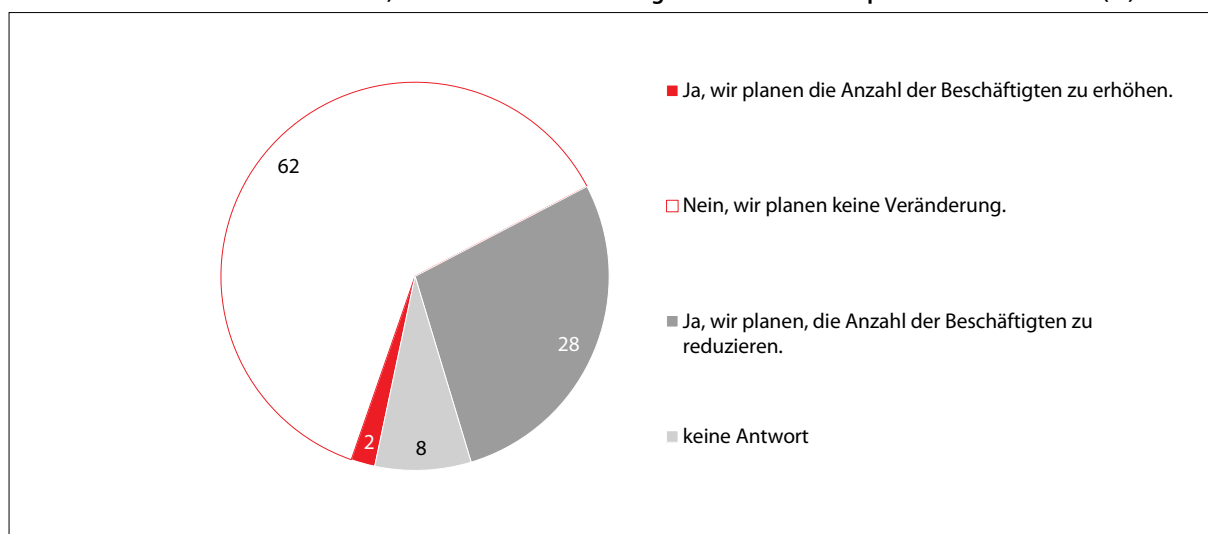
Grafik 8: Pläne der Unternehmen, die Höhe der Gehälter in der Corona-Epidemie zu ändern (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

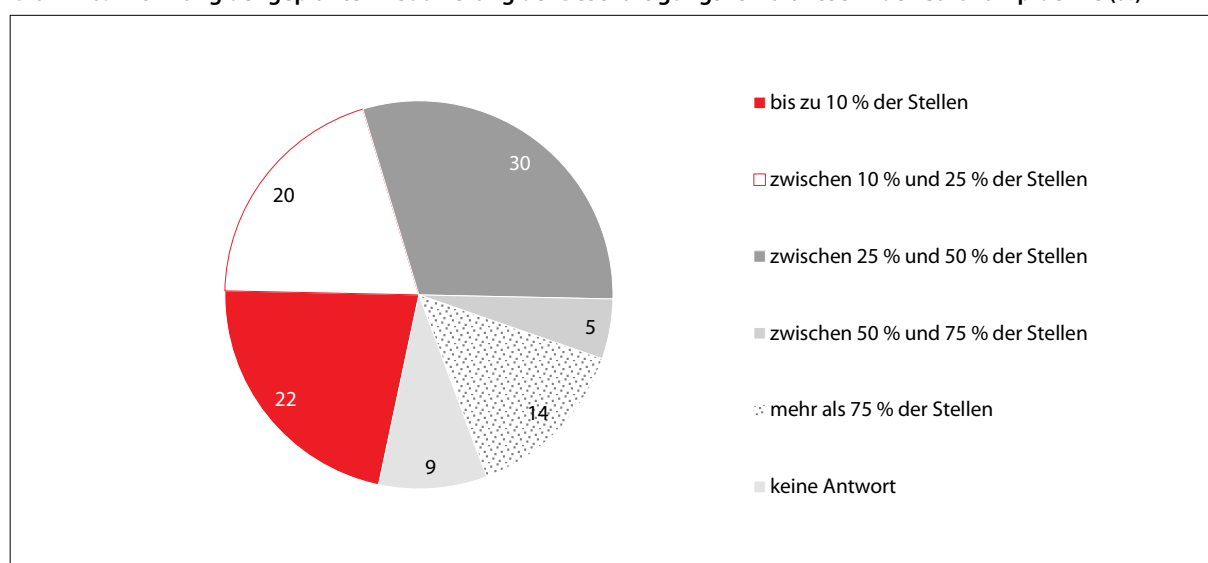
Grafik 9: Pläne der Unternehmen, die Anzahl der Beschäftigten in der Corona-Epidemie zu verändern (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

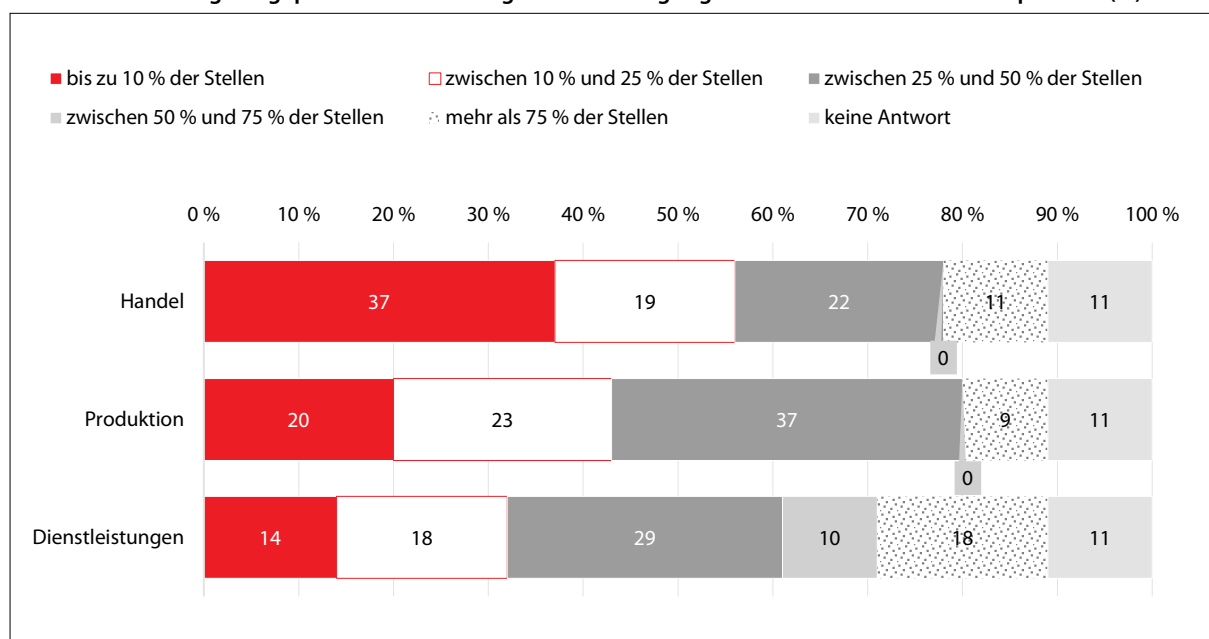
Grafik 10: Umfang der geplanten Reduzierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Corona-Epidemie (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

Grafik 11: Umfang der geplanten Reduzierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Corona-Epidemie (%)*



*Umfrage am 1. und 2. April 2020, durchgeführt unter 400 zufällig ausgewählten Unternehmen in vier Größenordnungen und drei Branchen. Die Befragungen wurden telefonisch (CATI) durchgeführt.

Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny [Polnisches Ökonomisches Institut]: Sytuacja polskich przedsiębiorstw i rynku pracy po pierwszych tygodniach epidemii [Die Lage der polnischen Unternehmen und des Arbeitsmarktes nach den ersten Wochen der [Covid-19-] Epidemie]. 06.04.2020. <http://pie.net.pl/>

Vertrauen in Informationsquellen

Tabelle 1: Welchen Informationsquellen zum Coronavirus trauen Sie am meisten? (%)

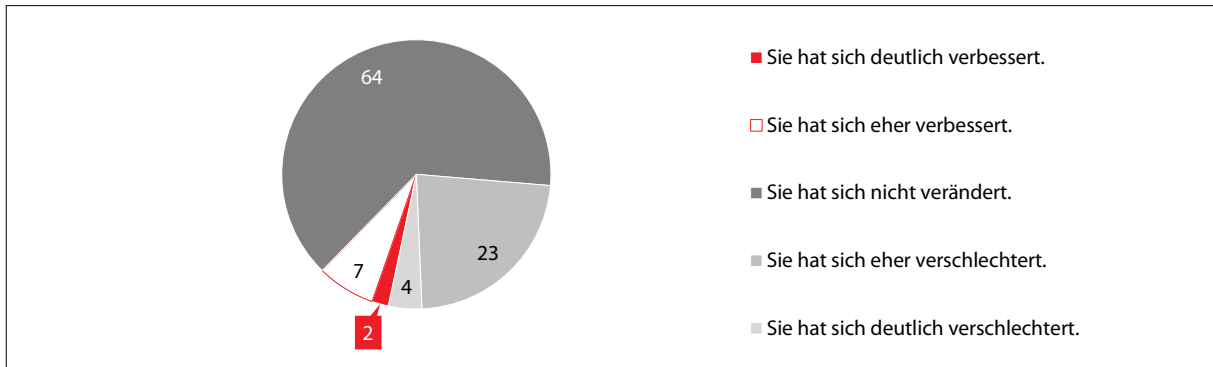
	Polen	Ungarn	Deutschland	Frankreich	China
öffentlichen Medienanstalten	48	32	51	51	57
Webseiten von Regierungsinstitutionen	44	52	47	34	57
Webseiten internationaler Organisationen (z.B. WHO)	40	53	24	18	35
meinem persönlichen Gesundheitsdienstleister	32	15	7	8	14
meinem Arzt	27	35	40	39	17
digitalen Gesundheitsplattformen (kostenfrei)	26	18	11	8	20
Freunden und Familie	20	11	17	14	19
sozialen Medien – Menschen, die ich kenne	20	11	7	9	20
Apothekern	19	17	18	22	7
telefonischen Gesundheits-hotlines	18	17	11	5	42
sozialen Medien – Influencer	10	6	5	6	30
digitalen Gesundheitsplattformen (kostenpflichtig)	8	4	5	5	13
anderen	3	4	7	8	1

KANTAR hat am 18. und 19. 03. 2020 in Polen 500 Personen im Alter von über 18 Jahren online befragt. Die Gruppe der Befragten war hinsichtlich Alter, Geschlecht und Region repräsentativ.

Quelle: KANTAR: COVID-19 Monitor. Wave 1 results for Poland and the key markets around the world. Consumer Evolution and Brand Implications. www.kantar.com

Ausblick auf die finanzielle Situation der privaten Haushalte

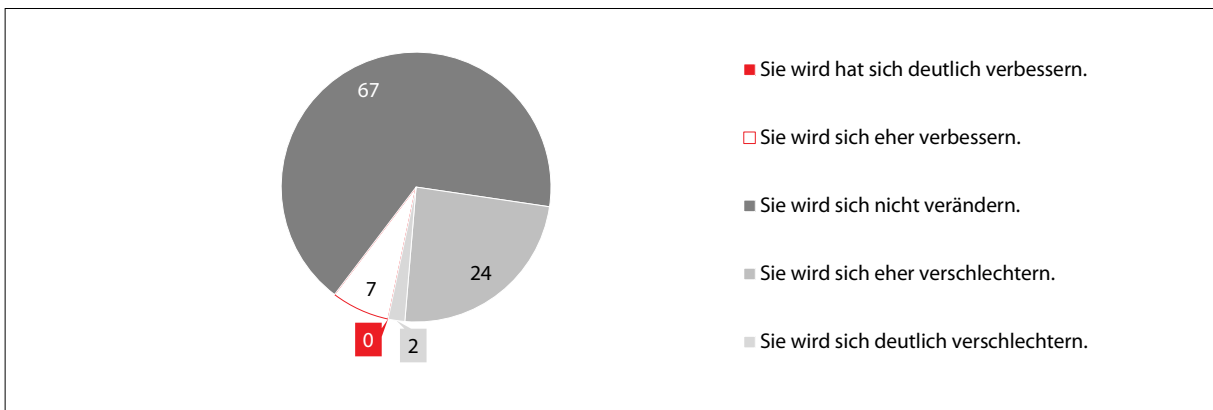
Grafik 1: Wie hat sich die finanzielle Situation Ihres Haushaltes im Laufe des letzten Monats verändert? (%)*



*Umfrage vom 17.04.2020

Quelle: Kantar Polska: Dzienny pomiar nastrojów ekonomicznych [Die tägliche Messung der ökonomischen Stimmung]. 20.04.2020. www.kantar.com

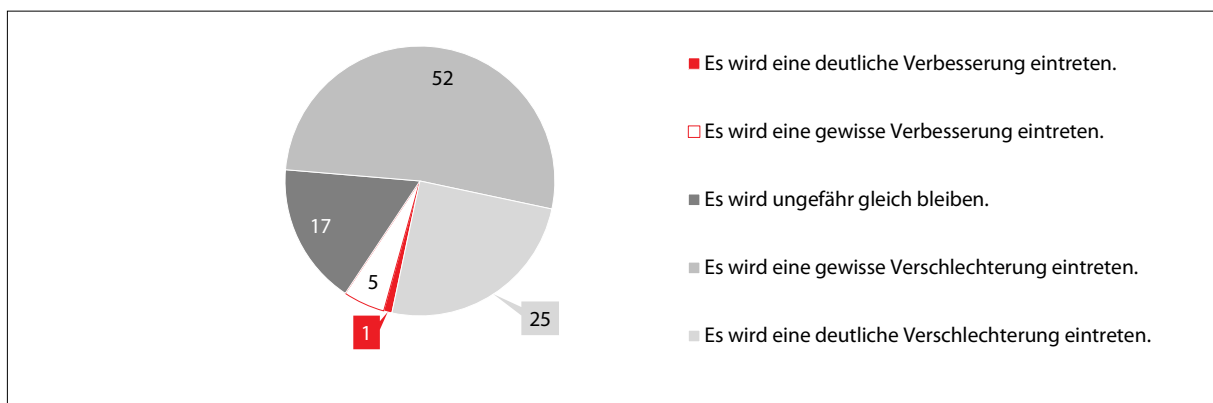
Grafik 2: Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes im nächsten Monat (%)*



*Umfrage vom 17.04.2020

Quelle: Kantar Polska: Dzienny pomiar nastrojów ekonomicznych [Die tägliche Messung der ökonomischen Stimmung]. 20.04.2020. www.kantar.com

Grafik 3: Werden sich die materiellen Lebensbedingungen in Polen in den kommenden drei Monaten verbessern oder verschlechtern? (%)*



*Umfrage vom 17.04.2020

Quelle: Kantar Polska: Dzienny pomiar nastrojów ekonomicznych [Die tägliche Messung der ökonomischen Stimmung]. 20.04.2020. www.kantar.com

17. März – 20. April 2020

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
17.03.2020	238/5	Die Landesstaatsanwaltschaft teilt mit, dass Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro eine Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie in Polen berufen hat. Dabei geht es um den Verkauf von Lebensmitteln, Medikamenten und Desinfektionsmitteln zu überhöhten Preisen, die Verbreitung von Falschinformationen über die Tätigkeiten der medizinischen sowie Ordnungs- und Kontrolldienste und finanziellen Betrug mittels Internet.
18.03.2020	251/5	Nach der Sitzung des Kabinettsrates stellen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der Präsident der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), Adam Glapiński, Finanzminister Tadeusz Kościński, Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung, und Marlena Małag, Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, den von der Regierung erarbeiteten »Antikrisenschild« zur Bewältigung der Corona-Epidemie in Polen vor. Das Maßnahmenpaket umfasst fünf Bereiche: die Unterstützung für Arbeitnehmer und den Schutz vor dem Verlust des Arbeitsplatzes (im Wert von 30 Mrd. Zloty), die Finanzierung der Unternehmen (74 Mrd. Zloty), das Gesundheitswesen (7,5 Mrd. Zloty), die Stärkung des Finanzsystems (70,3 Mrd. Zloty) und ein öffentliches Investitionsprogramm (30 Mrd. Zloty). Die Maßnahmen sollen in der kommenden Woche im Sejm debattiert werden.
18.03.2020		Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak unterzeichnet eine Entscheidung, die die Unterstützung der Polizei durch die polnische Armee bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie ermöglicht. Dies betrifft z. B. die Kontrollen der Staatsgrenzen und der Einhaltung von Quarantänevorschriften. Die Entscheidung bedeute nicht, dass die Armee bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt werde, heißt es im Verteidigungsministerium.
19.03.2020	355/5	
20.03.2020	425/5	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt bekannt, dass aufgrund der Verbreitung des Coronavirus der epidemische Notstand verhängt wird. Nichtbeachtung der Quarantäne kann Strafen in Höhe von 5.000 bis 30.000 Zloty nach sich ziehen. Bis Ostern (12./13. April) werde kein Unterricht an Schulen und Hochschulen stattfinden, auch Kindertagesstätten würden geschlossen bleiben. Bisher galten die Schließungen bis zum 25. März. Die Schuldirektoren sollen in Absprache mit den Lehrkräften angemessene Methoden für den Fernunterricht bestimmen.
20.03.2020		In einer Fernsehansprache ruft Präsident Andrzej Duda die Menschen auf, angesichts der Corona-Epidemie zu Hause zu bleiben, um Ansteckungsketten zu unterbrechen, und die empfohlenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie zu befolgen. Er dankt den Berufsgruppen, die die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Dienstleistungen und Waren sicherstellen. Weiter kündigt er die Einberufung des Nationalen Sicherheitsrates (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) in der kommenden Woche an, um über den »Antikrisenschild« zu beraten, auf den sich die Regierung am Vortag geeinigt hat.
20.03.2020		Regierungssprecher Piotr Müller sagt, es werde kurzfristig entschieden werden, ob der erste Wahlgang der Präsidentenwahlen am 10. Mai stattfinden kann. Er bezieht sich damit auf die Forderung der Opposition, die Wahlen wegen der Corona-Epidemie zu verschieben.
21.03.2020	536/5	In einem Radiointerview spricht sich Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dafür aus, den Termin der Präsidentenwahl am 10. Mai nicht zu verschieben. Der Termin könne laut Verfassung nur bei Ausrufung des Katastrophenfalls abgesagt werden, dazu gebe es trotz der herrschenden Corona-Epidemie jedoch keinen Anlass. Entsprechend der offiziell geltenden Maßnahmen können Wahlkampfveranstaltungen durchgeführt werden, wenn sie die Teilnehmerzahl von 50 Personen nicht überschreiten.

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
21.03.2020		Am »Internationalen Tag für die Beseitigung rassistischer Diskriminierung« ruft die Nichtregierungsorganisation »Nie Wieder« (Nigdy Więcej) zur Solidarität mit den Menschen auf, die aufgrund ihrer Herkunft oder Nationalität Gewalt, Schikanen oder Diskriminierung im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie erfahren haben. Zu solchen Vorfällen war es nach Angaben des Verbands in den vergangenen Tagen unter anderem in Warschau (Warszawa), Danzig (Gdańsk) und Breslau (Wrocław) gekommen. Die im Jahr 1996 gegründete Nichtregierungsorganisation »Nie Wieder« dokumentiert fremdenfeindliche Vorfälle in Polen.
22.03.2020	634/7	
23.03.2020	749/8	Der Nationale Sicherheitsrat (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) führt eine Telefonkonferenz aus Anlass der Corona-Epidemie in Polen durch. Neben Präsident Andrzej Duda nehmen auch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung, Finanzminister Tadeusz Kościński und Vertreter der parlamentarischen Oppositionsparteien teil. Thematisiert werden Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen in Polen, die als »Antikrisenschild« dem Sejm für das Gesetzgebungsverfahren vorgelegt werden sollen. Duda mahnt, auch die landwirtschaftlichen Betriebe zu berücksichtigen. Der RBN ist ein Beratungsorgan des Präsidenten.
24.03.2020	901/10	Das Gesundheitsministerium gibt weitere Einschränkungen bekannt, um die Verbreitung der Corona-Epidemie aufzuhalten. Es besteht ein allgemeines Ausgangsverbot, ausgenommen sind die Wege zur Arbeit sowie Gänge, um lebensnotwendige Angelegenheiten zu erledigen, ein vollständiges Versammlungsverbot, ausgenommen sind der Arbeitskontext und religiöse Feiern, an denen max. fünf Personen (ohne Priester u. ä.) teilnehmen dürfen; in den öffentlichen Verkehrsmitteln dürfen nur halb so viele Passagiere wie vorhandene Sitzplätze mitgenommen werden. Die Verordnungen gelten bis zum 11. April (Karsamstag). Weiter gilt die 14-tägige Quarantäne für Personen, die aus dem Ausland nach Polen kommen.
25.03.2020	1.051/14	
26.03.2020	1.221/16	Vor dem Hintergrund der in Polen herrschenden Corona-Epidemie fasst der Sejm den Beschluss, dass im Falle der Einführung eines Notstands, des Kriegszustands oder des Katastrophenfalls sowie im Falle des aktuell verhängten epidemischen Notstands die Abgeordneten an Debatten und Abstimmungen mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmedien teilnehmen können. Die Redebeiträge der Abgeordneten können zeitlich begrenzt werden, der Abgeordnete kann sich ein Mal zur betreffenden Angelegenheit äußern. Der Beschluss gilt bis zum 30. Juni 2020. Für den Beschluss stimmen 250 Abgeordnete, dagegen stimmen 104, 14 enthalten sich.
27.03.2020	1.389/16	In der Nacht vom 27. auf den 28. März verabschiedet der Sejm ein Gesetz des »Antikrisenschildes« der Regierung, das Hilfsmaßnahmen für Unternehmen betrifft. Es sieht u. a. vor, dass Kleinunternehmen und Soloselbständige für drei Monate von der Zahlung der Sozialabgaben befreit, Zuzahlungen für Gehälter beantragt werden können und die Arbeitszeit reduziert werden kann. Weiter sind Stundungen von Steuer- und Kreditzahlungen möglich. Nach Angaben der Regierung belaufen sich die Hilfsmaßnahmen auf mindestens 10 % des Bruttoinlandsprodukts. Für das Gesetz stimmen 343 Abgeordnete, 73 stimmen mit Nein, 19 enthalten sich. Die Fraktion Polnische Koalition (Koalicja Polska), gebildet von der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und Kukiz '15, stimmt geschlossen dagegen. Das Gesetz wird dem weiteren Gesetzgebungsprozess zugeführt.

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
28.03.2020	1.638/18	Repräsentanten von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen im Rat für den Gesellschaftlichen Dialog (Rada Dialogu Społecznego – RDS) protestieren in einem Brief an Präsident Andrzej Duda dagegen, dass der Ministerpräsident in der Zeit der Corona-Epidemie befugt wird, Mitglieder des RDS abzuberufen. Diese Kompetenzerweiterung gehört zu den Gesetzen des »Antikrisenschildes« der Regierung zur Bekämpfung der Corona-Epidemie, die der Sejm in der vergangenen Nacht verabschiedet hat. In dem Brief heißt es, es handele sich dabei um einen Eingriff in die Unabhängigkeit der wichtigsten Institution des gesellschaftlichen Dialogs in Polen.
29.03.2020	1.862/22	Das Polnische Helsinki Komitee veröffentlicht eine Stellungnahme zur Änderung der Wahlordnung, die der Sejm zusammen mit weiteren Gesetzen des Antikrisenschildes der Regierung Ende der vergangenen Woche verabschiedet hat. Das Antikrisenschild ist ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Corona-Epidemie. Die Änderung der Wahlordnung sieht für Personen in Quarantäne und über 60-Jährige Briefwahl vor, mit der Begründung, dass diese ihr Wahlrecht trotz Epidemie ausüben können sollen. Das Helsinki Komitee protestiere gegen die Verletzung des Prinzips der ordentlichen Gesetzgebung und gegen die Gesetzesänderung unter dem Vorwand der Bekämpfung der Corona-Epidemie, heißt es in der Stellungnahme. Die für den 10. Mai angesetzte Präsidentenwahl in Polen würde weder allgemein noch gleich noch glaubwürdig ablaufen. Aus einem parteipolitischen Interesse heraus würden die Gesundheit und das Leben der Wähler in Gefahr gebracht werden. Auch bei den Oppositionsparteien war die Änderung der Wahlordnung sechs Wochen vor der Präsidentenwahl auf Ablehnung gestoßen, da die Art und Weise der Änderung die Verfassung verletze.
29.03.2020		Der international ausgezeichnete Komponist Krzysztof Penderecki stirbt im Alter von 86 Jahren in Krakau (Kraków). Eines seiner bekanntesten Werke widmete er den Opfern des Atombombenangriffs auf Hiroshima.
30.03.2020	2.055/31	Adam Bodnar, Bürgerrechtsbeauftragter der Regierung, richtet einen Appell an das Ministerium für Nationale Erziehung und an das Gesundheitsministerium angesichts der Lage in den Jugend Erziehungsanstalten und der Corona-Epidemie in Polen. Die Familiengerichte würden weiter Jugendliche in die Erziehungsanstalten schicken, obgleich diese keine adäquaten Möglichkeiten hätten, auf Corona-Infektionen zu reagieren und Schutzmaßnahmen umzusetzen. Er unterstütze die Forderungen der Direktoren der Einrichtungen, dass keine neuen Jugendlichen mehr aufgenommen und die anderen möglichst zu ihren Familien zurückgeschickt werden sollen, bis die Gefahr der Epidemie gebannt ist. Den Gesundheitsminister ruft Bodnar auf, die Möglichkeit verpflichtender Coronatests für Neuankömmlinge und Rückkehrer zu prüfen.
31.03.2020	2.311/33	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt neue Einschränkungen bekannt, die die Verbreitung der Corona-Epidemie in Polen aufhalten sollen und am 1. April in Kraft treten. Dazu gehören: der Mindestabstand zwischen den Menschen muss mindestens zwei Meter (1,5 Meter im beruflichen Kontext) betragen, Personen unter 18 Jahren dürfen sich nur in Begleitung eines Erwachsenen in der Öffentlichkeit aufhalten, der Zugang zu Parks und Plätzen wird beschränkt, maximal drei Personen dürfen im Geschäft an einer Kasse stehen, in Lebensmittelläden, Apotheken und Drogerien dürfen zwischen 10 und 12 Uhr nur Kunden im Alter von 65+ einkaufen, Friseure, Kosmetikstudios u. ä. müssen schließen, Baumärkte müssen an den Wochenenden geschlossen bleiben, Hotels und andere Übernachtungsmöglichkeiten dürfen keine Touristen beherbergen. Außerdem werden die Quarantänebedingungen verschärft. Bei Nichtbeachtung drohen Geldstrafen zwischen 5.000 und 30.000 Zloty.
31.03.2020		Das Außenministerium teilt mit, dass am selben Tag eine Lieferung von 10.000 zertifizierten Tests für das Coronavirus, 20.000 Schutzmasken und 5.000 Schutzanzügen aus China in Warschau eingetroffen ist.
31.03.2020		Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) legt einen Gesetzesentwurf zur Durchführung der Präsidentenwahlen im Mai vor. Danach soll allen Wählern die Möglichkeit der Briefwahl eingeräumt werden.

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
31.03.2020		Anna Fotyga, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und ehemalige Außenministerin Polens (2006–2007), wird von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in die Expertengruppe berufen, die Empfehlungen zur Stärkung der politischen Rolle der NATO ausarbeiten soll. Paweł Soloch, Chef des Nationalen Sicherheitsrates (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN), hebt hervor, dass die Berufung in das zehnköpfige Gremium die wichtige Bedeutung Polens in der NATO spiegele, zudem sei Polen der einzige Vertreter der Länder an der NATO-Ostflanke.
31.03.2020		Der Sejm stimmt mit 235 Ja-Stimmen, 212 Nein-Stimmen und elf Enthaltungen für das Gesetzespaket des »Antikrisenschildes« zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Epidemie. Die vom Senat eingebrachten Änderungen werden damit abgelehnt. Sie betrafen u. a. das dem Ministerpräsidenten nun eingeräumte Recht, Vertreter des Rates für den Gesellschaftlichen Dialog (Rada Dialogu Społecznego – RDS) abzurufen.
01.04.2020	2.554/43	Nach Informationen des Senders »TVN 24.pl« sagt Jarosław Gowin, Vizeministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen sowie Parteichef von Verständigung (Porozumienie), in einer Telekonferenz, dass der Höhepunkt der Corona-Epidemie Ende Mai, Anfang Juni in Polen zu erwarten sei. Daher müsse in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen, dass die Durchführung des ersten Wahlgangs der Präsidentenwahlen am 10. Mai aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht möglich sei. Gowin kritisiert die Haltung des Koalitionspartners Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die Wahlen zum vorgesehenen Termin durchführen zu wollen, sowie den Vorschlag der Oppositionsparteien, die Wahlen auf den Herbst zu verschieben. An der Telekonferenz nahmen außer Stadtpräsidenten des Verbands der Polnischen Städte (Związek Polskich Miast – ZPM) auch die Ministerin für Entwicklung, Jadwiga Emilewicz, und der stellvertretende Finanzminister Tomasz Robaczyński teil.
02.04.2020	2.946/57	In einem Fernsehinterview des Senders »TVN 24.pl« sagt der Parteivorsitzende der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Władysław Kosiniak-Kamysz, seine Fraktion Polnische Koalition (Koalicja Polska), bestehend aus PSL und Kukiz '15, schlage einen Liquiditätsfonds als Hilfe für Unternehmen während der Corona-Epidemie in Polen vor. Den Betrieben soll Geld für die Zahlung der Gehälter und den Kauf von Waren bereitgestellt werden, und zwar abhängig von den Verlusten infolge der Corona-Krise. Dies sei ein wesentlicher Unterschied zum in der vergangenen Woche verabschiedeten Gesetz des »Antikrisenschildes«, das finanzielle Hilfen in Abhängigkeit von der Größe des Betriebs vorsieht. Dies sei der Grund gewesen, weshalb seine Fraktion gegen das Maßnahmenpaket gestimmt hat.
02.04.2020		Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg entscheidet, dass Polen, Tschechien und Ungarn europäisches Recht verletzt haben, als sie im Jahr 2015 die Aufnahme von Asylbewerbern, die in Griechenland und Italien angekommen waren, verweigerten. Die Klage hatte die Europäische Kommission vor den Gerichtshof gebracht. In einem nächsten Schritt kann die Kommission die Forderung nach einer Geldstrafe für Polen vor dem EuGH geltend machen. Die EU-Länder hatten mehrheitlich beschlossen, 160.000 Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Polen hatte als Grund für seine Weigerung angeführt, es könnten Islamisten unter den Asylbewerbern sein und die polnische Bevölkerung gefährdet werden. Der Sprecher der polnischen Regierung, Piotr Müller, sagt, das Urteil habe keine praktische Bedeutung, da der Beschluss über die Verteilung von Flüchtlingen bis zum September 2017 gegolten habe. Dank des entschiedenen Standpunktes von Polen und den übrigen Ländern der Visegrád-Gruppe (Slowakei, Tschechien, Ungarn) habe die EU ihre Haltung zur Migrationspolitik geändert und habe Abstand von der verbindlichen Umverteilung genommen.
03.04.2020	3.383/71	Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reicht eine Korrektur zu ihrem Gesetzesentwurf von Ende März ein, der die Möglichkeit zur Briefwahl bei den für Mai geplanten Präsidentenwahlen vorsieht. Demnach sollen alle Wähler per Briefwahl abstimmen.

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
03.04.2020		Der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar fordert den Generaldirektor der Justizvollzugsanstalten in Polen, General Jacek Kitliński, in einem Brief auf, einmal täglich Daten zum Coronavirus-Infektionsstand unter der Inhaftierten und dem Gefängnispersonal zu übermitteln. Der Hintergrund sei, dass sich Insassen, ihre Angehörigen und Gefängnismitarbeiter aus Sorge um die gesundheitliche Lage in den Gefängnissen an ihn gewendet hätten. Weiter fragt Bodnar nach getroffenen Schutzmaßnahmen, um den Kontakt zwischen Häftlingen und Strafverteidigern zu gewährleisten.
04.04.2020	3.627/79	Der stellvertretende Justizminister Michał Wójcik kündigt an, dass wegen der Corona-Epidemie ab der kommenden Woche Häftlinge der Justizvollzugsanstalten nicht mehr ihre externen Arbeitsstätten aufsuchen dürfen.
05.04.2020	4.102/94	
06.04.2020	4.413/107	Jarosław Gowin (Verständigung/Porozumienie) gibt seinen Rücktritt als stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen bekannt. Als Grund nennt er, dass es ihm nicht gelungen sei, Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) von der Notwendigkeit zu überzeugen, die für Mai geplanten Präsidentenwahlen wegen der Corona-Epidemie zu verschieben. Als seine Nachfolgerin schlägt Gowin seine Parteikollegin Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung, vor. Er unterstreicht, dass die Regierungskoalition aus Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Verständigung und Solidarisches Polen (Solidarna Polska) durch seinen Rücktritt nicht gefährdet sei.
06.04.2020		Der Sejm stimmt mit 230 Stimmen bei 226 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen für ein Gesetz, das die obligatorische Durchführung der Briefwahl bei den Präsidentenwahlen im Mai vorschreibt. Der erste Wahlgang ist für den 10. Mai vorgesehen. Am Wahltag sind die Wähler aufgerufen, ihren Stimmzettel in eigens dafür aufgestellte Briefkästen zu stecken. Das Gesetz hat die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) erst am selben Tag in den Sejm eingebracht. Eine Begründung war die herrschende Corona-Epidemie.
07.04.2020	4.848/129	Senatsmarschall Tomasz Grodzki sagt, der Senat werde mit äußerster Sorgfalt das Gesetz zur obligatorischen Durchführung der Briefwahl bei den Präsidentenwahlen im Mai prüfen, das am Vortrag im Sejm verabschiedet wurde. Dazu werde der Senat Expertisen u. a. des Bürgerrechtsbeauftragten, der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) und des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) einholen, was im Gesetzgebungsverfahren des Sejm nicht stattgefunden habe. Angesichts der herrschenden Corona-Epidemie sollten auch Epidemiologen zur Durchführung der Wahl angehört werden. Grodzki sagt, es sei höchst beunruhigend, dass Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Präsidentenwahlen unter allen Umständen durchführen wolle. Der Senat werde von seinem Recht, das Gesetz 30 Tage beraten zu können, Gebrauch machen. Der erste Wahlgang der Präsidentenwahlen soll am 10. Mai stattfinden.
08.04.2020	5.205/159	Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg verhängt eine einstweilige Verfügung, wonach die Tätigkeit der 2018 eingerichteten Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) eingestellt werden muss, da sie gegen das polnische und das europäische Recht verstoße. Auch wenn das Justizwesen in den Kompetenzbereich des betreffenden Staates falle, dürfe nicht das EU-Recht verletzt werden. Den Antrag auf einstweilige Verfügung hat die Europäische Kommission gestellt. Der stellvertretende Justizminister Sebastian Kaleta bezeichnet im Nachrichtendienst »Twitter« die Entscheidung des EuGH als »usurpatorischen Akt, der die Souveränität Polens verletzt«. Der EuGH habe weder die Kompetenz zu urteilen noch die Aussetzung von Verfassungsorganen in EU-Mitgliedstaaten zu verfügen, so Kaleta.

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
08.04.2020		Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellt auf einer Pressekonferenz ein weiteres Hilfsprogramm zur Unterstützung von Unternehmen vor. Ziel sei es, die Liquidität der Firmen zu erhalten und zwei bis fünf Millionen Arbeitsplätze zu retten. Dafür sollen 100 Milliarden Zloty für Betriebe bereitgestellt werden, wobei 60 Milliarden nicht rückzahlungspflichtig sein sollen. Adressaten sind Firmen, deren Umsatz infolge der Corona-Epidemie um 25 % gesunken ist. Voraussetzungen für die Teilnahme an dem Programm sind, dass die Tätigkeit der Firma aufrechterhalten wird und keine Mitarbeiter entlassen werden.
08.04.2020		In der Nacht vom 8. auf den 9. April stimmt der Sejm in dritter Lesung über die Hilfsmaßnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie ab. Das Gesetz gehört zum Gesetzespaket des »Antikrisenschilts«, den die Regierung vorgestellt hat. Eine Ergänzung zur ersten Lesung ist, dass Unternehmen bis zu 49 Angestellten Unterstützung in Höhe von 50 % bei der Zahlung der Sozialabgaben erhalten. Das Gesetz wird mit 233 Ja-Stimmen, 183 Nein-Stimmen und 37 Enthaltungen verabschiedet und an den Senat weitergeleitet.
09.04.2020	5.575/174	Präsident Andrzej Duda entlässt Jarosław Gowin, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, auf eigenen Wunsch aus seinen Regierungsämtern. Als Vizeministerpräsidentin ernennt er Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung. Gowin und Emilewicz gehören der Partei Verständigung (Porozumienie) an. Der Grund für Gowins Rücktritt waren Unstimmigkeiten mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) über die Durchführung der Präsidentschaftswahlen, die trotz Corona-Epidemie für Mai anberaumt sind.
09.04.2020		Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zeigt sich zuversichtlich, dass die polnische Wirtschaft stärker als die Wirtschaft anderer Staaten aus der Corona-Krise herauskommen werde. Er sei überzeugt, dass die Wirtschaft Polens bereit sei, bereits in einigen Monaten international zu expandieren.
10.04.2020	5.955/181	Nach aktuellen Angaben der Hauptaufsichtsbehörde für Gesundheit (Główny Inspektorat Sanitarny – GIS) lassen sich knapp ein Drittel der Corona-Infektionen auf Kontakte in Krankenhäusern und Arztpraxen zurückführen. Dies betreffe sowohl das medizinische Personal als auch Patienten.
10.04.2020		Das Präsidium des Hauptrates der Ärzte (Naczelna Rada Lekarska) richtet einen Appell an den Gesundheitsminister und an den Gesundheitshauptinspektor, regelmäßig Daten über Infektionen des medizinischen Personals mit dem Coronavirus zu veröffentlichen. Andernfalls könnten der Eindruck der Intransparenz entstehen und Befürchtungen, dass die tatsächliche Lage vor der Bevölkerung verheimlicht werden soll. In einem Appell an den Präsidenten des Nationalen Gesundheitsfonds fordert der Hauptrat der Ärzte, nicht nur Krankenhausärzte, sondern das medizinische Personal insgesamt Corona-Tests zu unterziehen. Dies sehe auch die Verordnung des Nationalen Gesundheitsfonds vom 4. April 2020 vor.
10.04.2020		Am Mahnmahl für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) auf dem Piłsudski-Platz in Warschau und anschließend auf dem Powązki-Friedhof gedenken Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Sejmmarschallin Elżbieta Witek, Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak sowie weitere PiS-Politiker der Opfer. In einer Stellungnahme in den sozialen Medien weist die Warschauer Polizei darauf hin, dass es sich um eine dienstliche Veranstaltung handelt. Daher würde das wegen der herrschenden Corona-Epidemie verhängte Versammlungsverbot nicht gelten. Bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk waren 96 hohe Amtsträger des politischen und öffentlichen Lebens verunglückt, darunter der damalige Präsident Lech Kaczyński.
11.04.2020	6.356/208	
12.04.2020	6.674/232	

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
13.04.2020	6.934/245	Die polnische Fluggesellschaft LOT verzichtet darauf, den deutschen Ferienflieger Condor zu übernehmen. Infolge der Corona-Pandemie ist LOT selbst auf staatliche Hilfen angewiesen. Der Kauf war Ende Januar beschlossen worden.
14.04.2020	7.202/263	Das von Polen gecharterte weltweit größte Transportflugzeug An-225 landet in Warschau mit einer Ladung von 76 Tonnen Schutzanzügen, elf Tonnen Mundschutze und neun Tonnen Schutzmasken aus China. Der Sprecher des Gesundheitsministeriums Wojciech Andrusiewicz sagt, die Verteilung der Ausrüstung an Krankenhäuser werde gemeinsam vom Gesundheitsressort und der Agentur für Materialreserven durchgeführt und nicht mehr mit Hilfe des jeweiligen Woiwoden.
15.04.2020	7.582/286	Jarosław Gowin, Parteivorsitzender von Verständigung (Porozumienie), schlägt vor, die aktuelle Amtszeit von Präsident Andrzej Duda um zwei Jahre zu verlängern. Zurzeit besteht der Plan, die Präsidentenwahlen regulär im Mai 2020 per obligatorischer Briefwahl durchzuführen. Wegen der herrschenden Corona-Epidemie ist dies umstritten.
15.04.2020		Der Sejm leitet einen Gesetzesentwurf zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten zur ersten Lesung weiter. Die Initiative geht auf den Parteivorsitzenden von Verständigung (Porozumienie), Jarosław Gowin, zurück, unterzeichnet haben den Entwurf auch Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Innenminister Mariusz Kamiński, Gesundheitsminister Łukasz Szumowski und Kulturminister Piotr Gliński. Vorgesehen ist eine siebenjährige Amtszeit des Präsidenten (aktuell fünf Jahre) ohne Möglichkeit der Wiederwahl. Dafür müsste die Verfassung geändert werden.
16.04.2020	7.918/314	Ab dem heutigen Tag gilt das verpflichtende Tragen eines Mundschutzes als Maßnahme zur Eindämmung der Corona-Epidemie in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz.
16.04.2020		Nach hitziger Debatte am Vortag stimmt der Sejm über mehrere Bürgergesetzesinitiativen ab. U. a. wird der Gesetzesentwurf »Stopp die Abtreibung« (Zatrzymaj Aborcję) nach der ersten Lesung mit 232 Stimmen an den Ausschuss weitergeleitet. Er sieht ein Abtreibungsverbot auch bei Missbildung des Fötus vor. Außerdem wird der Gesetzesentwurf »Stopp Pädophilie« (Stop Pedofilii) nach der ersten Lesung mit 246 Stimmen an den Ausschuss weitergeleitet. Der Entwurf sieht Gefängnisstrafen für die öffentliche »Befürwortung« des sexuellen Umgangs zwischen Minderjährigen vor. Kritiker befürchten, dass das Gesetz auch gegen Sexualkundeunterricht in Schulen eingesetzt werden kann.
16.04.2020		Präsident Andrzej Duda beruft Wojciech Murdzek zum Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen. Wie sein Vorgänger Jarosław Gowin gehört er der Partei Verständigung (Porozumienie) an.
16.04.2020		Nach der Sitzung des Corona-Krisenstabs der Regierung gibt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bekannt, dass die infolge der Corona-Epidemie getroffenen Einschränkungen in vier Schritten gelockert werden sollen. Ab dem 20. April gelten neue Regeln für den Aufenthalt in Geschäften, sind Spaziergänge wieder erlaubt, dürfen Parks und Wälder wieder betreten werden und dürfen sich Jugendliche ab 13 Jahren auch ohne Begleitung Erwachsener in der Öffentlichkeit aufhalten. In Kirchen darf sich eine Person pro 15 m ² aufhalten. Schritt Zwei betrifft die Öffnung von Baumärkten, Hotels, Bibliotheken und Museen, Schritt Drei die Öffnung von Restaurants, Geschäften, Friseursalons u. ä., außerdem sollen Sportveranstaltungen bis max. 50 Personen unter freiem Himmel und ohne Publikum durchgeführt werden können und es soll die Kinderbetreuung in Kitas und für Schulkinder bis zur 3. Klasse organisiert werden. Schritt Vier betrifft die Öffnung von Fitnessstudios, Kinos und Theatern. Der Beginn der Schritte Zwei bis Vier richtet sich nach der aktuellen epidemischen Lage. Die Öffnung der Staatsgrenzen sei zurzeit nicht vorgesehen; die Grenzen werden mindestens bis zum festgesetzten Termin am 3. Mai 2020 geschlossen bleiben.

	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	
17.04.2020	8.379/332	Gesundheitsminister Łukasz Szumowski teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass er Ministerpräsident Mateusz Morawiecki eine Empfehlung zur Durchführung der Präsidentschaftswahlen in Polen gegeben hat. Die konventionelle Durchführung der Wahl als Gang zur Wahlurne könne vermutlich erst in zwei Jahren stattfinden, wenn die Corona-Epidemie überwunden ist bzw. wenn ein Impfstoff entwickelt wurde. Sollen die Wahlen jetzt durchgeführt werden, sei die Briefwahl die einzig sichere Art und Weise, da dabei Personenkontakte reduziert würden.
17.04.2020		Das Europäische Parlament debattiert über die Maßnahmen der EU-Mitgliedsländer zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und verabschiedet im Anschluss mit 395 Stimmen (171 Gegenstimmen, 128 Enthaltungen) eine Resolution. U. a. heißt es darin, das Europäische Parlament halte die Tätigkeiten der polnischen Regierung, um die Wahlordnung für die Präsidentschaftswahl am 10. Mai 2020 zu ändern, für nicht konform mit den europäischen Werten. Die Änderung vom 6. April 2020 verstoße gegen die Rechtsprechung des polnischen Verfassungstribunals und könne untergraben, dass die Wahlen frei, gleich, direkt und geheim durchgeführt werden.
18.04.2020	8.742/347	Der Leiter der Präsidialkanzlei, Krzysztof Szczerski, teilt mit, dass Präsident Andrzej Duda und der US-amerikanische Präsident Donald Trump ein halbstündiges Telefonat über Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider Länder in der Corona-Krise geführt haben. Die USA zeigen sich offen für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus sowie für die Lieferung von Tests nach Polen, so Szczerski. Das Telefonat sei auf Trumps Initiative zurückgegangen.
19.04.2020	9.287/360	Am Jahrestag des Beginns des Aufstandes im Warschauer Ghetto gegen die deutschen Besatzer (1943) wird an zehn Orten des Kampfgeschehens der Opfer gedacht. Eine zentrale Gedenkfeier findet wegen der Corona-Epidemie nicht statt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki legt am Denkmal der Helden des Ghettos einen Kranz nieder.
20.04.2020		Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Borys Budka, erläutert einen Vorschlag der PO zur Verschiebung der für Mai 2020 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen auf Mai 2021. Sie sollen auf konventionelle Weise, per Briefwahl oder online durchgeführt werden können. Budka sagt, dass der Vorschlag in Kürze informell mit den Oppositionsparteien sowie der Regierungskoalition diskutiert werden soll. Der Hintergrund ist die herrschende Corona-Epidemie, die den Wahlkampf zum Erliegen gebracht hat, und die Änderung der Wahlordnung, die Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) am 6. April 2020 im Sejm beschlossen hat, die Kritiker aber als nicht verfassungskonform beanstanden.

**Daten der Johns-Hopkins-University*

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.